



GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT
GÖTTINGEN

Abschlussbericht
zum Projekt:

**Ehrungen der Universität Göttingen
(Ehrenbürger und -doktoren) in der NS-Zeit
und der Umgang mit ihnen nach 1945**

(Auszug)

von Prof. Dr. Dirk Schumann
und Lena Elisa Freitag, M.A.

(26. August 2014)

Inhaltsverzeichnis

1.	Zusammenfassung und Empfehlungen	1
1.1	Deutlich belastete Ehrenbürger	
	Hermann Göring	1
	Börries Freiherr von Münchhausen	2
	Hiroshi Oshima.....	2
	Heinrich Sohnrey.....	2
	Heinrich Stalling	3
1.2	Deutlich belastete Ehrendoktoren	
	Oswald Menghin	4
	Martin Redeker	4
	Heinrich Zillich.....	5
2.	Die Arbeitsschritte im Überblick	
2.1	In Göttingen	6
2.2	In Berlin	8
3.	Die Ehrenbürger und -doktoren	
3.1	Das Verfahren der Ernennung	10
3.2	Kurzbiographien der Ehrenbürger	13
	Hermann Göring (1893-1946).....	13
	Börries Freiherr von Münchhausen (1874-1945)	14
	Hiroshi Oshima (1886-1975)	22
	Heinrich Sohnrey (1859-1948).....	25
	Heinrich Stalling (1865-1941)	26

3.3 Kurzbiographien der Ehrendoktoren

Oswald Menghin (1888-1973)	34
Martin Redeker (1900-1970)	40
Heinrich Zillich (1898-1988).....	45

1. Zusammenfassung und Empfehlungen

Der hier vorgelegte Bericht zu den während der NS-Zeit von der Universität Göttingen ernannten Ehrenbürgern (einem Titel, der in keiner Verbindung mit dem des städtischen Ehrenbürgers steht)¹ und Ehrendoktoren geht auf einen Auftrag von Frau Präsidentin Prof. Dr. Beisiegel vom November 2011 zurück. Zu klären war, welche der insgesamt 35 geehrten Personen (9 Ehrenbürger und 26 Ehrendoktoren) durch ihre Nähe zum Nationalsozialismus so stark belastet sind, dass sie nicht mehr als Teil der von der Aufklärung geprägten Tradition der Georg-August-Universität gelten können und sich die Universität deshalb von ihnen distanzieren muss. Die Prüfung nur formaler Kriterien wie einer Mitgliedschaft in der NSDAP war dafür nicht ausreichend. Die hier vorgelegten Distanzierungsempfehlungen beschränken sich auf diejenigen Fälle, in denen sich eine deutliche Belastung herausgestellt hat. In allen weiteren Fällen haben die biographischen Recherchen entweder keine oder nicht hinreichend ausgeprägte Belege für eine solche Belastung erbracht. Wenn sich neue Erkenntnisse ergeben sollten, insbesondere zu den ausländischen Geehrten, wird zu prüfen sein, ob weitere Distanzierungen vorzunehmen sind. Auf dieser Basis wird der Universität Göttingen empfohlen, sich von den im Folgenden aufgeführten, zwischen 1933 und 1945 ernannten Ehrenbürgern bzw. Ehrendoktoren zu distanzieren (bzw. im Fall Oshima ihre Distanzierung zu bekräftigen).

1.1 Deutlich belastete Ehrenbürger

Hermann Göring

Hermann Göring (1893-1946, Ehrenbürger 1939, [S. 13](#)) gehörte zum engsten Führungskreis des NS-Regimes und war der prominenteste Angeklagte im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, dessen Urteil er sich durch Selbstmord entzog. Seine Ernennung erfolgte im Zusammenhang mit der Eingliederung der Forstlichen Hochschule Hannoversch-Mündens als Fakultät in die Georg-August-Universität, da er u.a. das Amt des „Reichsforstmeisters“ innehatte. Verdienste um die Universität Göttingen sind nicht erkennbar.

¹ Hierbei handelt es sich um eine universitäre Ehrung, die an der Georgia Augusta erstmalig 1920 verliehen wurde. Vergleichbar ist diese Auszeichnung mit dem Titel des universitären Ehrenmitglieds bzw. des/der EhrensenaorIn, die an anderen deutschen Hochschulen eingeführt wurden. Heute verleiht die Georg-August-Universität Göttingen die Titel Ehrenmitglied und EhrensenaorIn sowie die Dorothea-Schlözer-Medaille und die Universitätsmedaille „Aureus Gottingensis“. Vgl. Ordnung zur Vergabe von Ehrungen und Auszeichnungen durch die Georg-August-Universität Göttingen vom 15.11.2006, zul. geändert am 16.12.2009, online: <https://www.uni-goettingen.de/de/214837.html> (zuletzt eingesehen am 19. Januar 2015).

Börries Freiherr von Münchhausen

Der promovierte Jurist Börries Freiherr von Münchhausen (1874-1945, Ehrenbürger 1944, [S. 14-22](#)) war als Dichter bereits um 1900 überregional bekannt. Seine anfängliche Wertschätzung des Judentums wich Mitte der 1920er Jahre einem scharfen Antisemitismus, den er u.a. in der Beilage zu der Zeitschrift „Volk und Rasse“, die dem völkischen Spektrum angehörte, öffentlich vertrat. Münchhausen gehörte schon vor der nationalsozialistischen Machtübernahme zu den Vorkämpfern einer personellen ‚Säuberung‘ und nationalkonservativ-völkischen Reorganisation der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste und betrieb diese nach 1933 im Zusammenwirken mit Reichserziehungsminister Bernhard Rust. Mit einer Reihe anderer Schriftsteller bekundete Münchhausen 1933 und 1934 öffentlich seine Unterstützung für das nationalsozialistische Regime und ließ in privaten Aufzeichnungen uneingeschränkte Hochachtung für Hitler, Goebbels und andere Nationalsozialisten erkennen, auch wenn er dem von ihm gegründeten nationalkonservativen Wartburger Dichterkreis eine gewisse Autonomie zu bewahren versuchte. Spezifische Verdienste Münchhausens um die Universität Göttingen, an der er studiert hatte, sind, abgesehen von der Herausgabe mehrerer Jahrgänge der traditionsreichen Literaturzeitschrift „Göttinger Musenalmanach“ um 1900 nicht erkennbar. Kurz vor Kriegsende beging Münchhausen Selbstmord.

Hiroshi Oshima

Hiroshi Oshima (1886-1975, Ehrenbürger 1941, [S. 22-25](#)) fungierte als Militärattaché und dann japanischer Botschafter in Berlin als hochrangige Verbindungsperson zwischen dem japanischen Militärregime und NS-Deutschland und wurde nach dem Krieg vom Internationalen Militärgerichtshof für den Fernen Osten zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt. Offensichtlich hat sich die Universität Göttingen bereits implizit von Oshima distanziert, denn auf der Liste der noch lebenden Ehrenbürger im Personenverzeichnis für das Wintersemester 1948/49 wird er nicht mehr aufgeführt.

Heinrich Sohnrey

Über Heinrich Sohnrey (1859-1948, Ehrenbürger 1934, [S. 25](#)) wurde bereits gesondert Bericht erstattet. Dort heißt es: „Zwar war Heinrich Sohnrey kein Nationalsozialist im engeren Sinn und hat sich unbestreitbare Verdienste um die Verbesserung der sozialen Verhältnisse auf dem Land und die Pflege ländlichen Brauchtums erworben. Dem steht jedoch eine fremdenfeindliche und rassistische Tendenz in seinem Werk gegenüber, die schon vor 1914 erkennbar ist und sich insbesondere nach 1933 weiter zuspitzt. Seine Bekundungen der Unterstützung für das nationalsozialistische Regime waren nicht nur taktisch motiviert, sondern auch von echter Überzeugung und partieller Übereinstimmung mit dessen Zielen getragen. Von dieser Tendenz seines Denkens hat sich Sohnrey auch in der Nachkriegszeit nicht distanziert, wengleich er schon vor

Kriegsende von Hitler selbst abrückte. Besondere Verdienste Sohnreys um die Universität Göttingen sind nicht erkennbar.“²

Heinrich Stalling

Der Oldenburger Verleger Heinrich Stalling (1865-1941, Ehrenbürger 1935, [S. 26-33](#)) gab seinem Unternehmen einen militärwissenschaftlichen Schwerpunkt und publizierte im Auftrag des Reichsarchivs Potsdam nach dem Ersten Weltkrieg u. a. das vielbändige Werk „Schlachten des Weltkriegs“. Am Ende der 1920er Jahre erhielt dieser Schwerpunkt der Verlagsarbeit eine eindeutig rechtsnationale Akzentuierung mit dem anscheinend von Stalling selbst angeregten Werk „Sperrfeuer um Deutschland“ Werner Beumelburgs, eines entschiedenen Gegners der Weimarer Republik, der nach 1933 Mitglied der „gesäuberten“ Akademie der Künste war. Andere rechtsnationalistische Autoren, die im „Dritten Reich“ weitere Karriere machen sollten, kamen noch vor der Machtübernahme hinzu, im Jahr 1933 dann mit Goebbels, einem seiner Mitarbeiter sowie 1934 mit Reichsinnenminister Frick sogar Angehörige des engsten nationalsozialistischen Führungszirkels. Ein Buch, das den Kriegseinsatz der deutschen Jugend verherrlichte, erschien 1940. Im Jahr 1938 übernahm der Stalling-Verlag den Kinderbuchverlag Belog der zum Verkauf gezwungenen jüdischen Eigentümerin Friederike Blogg zu für ihn sehr günstigen Konditionen, war also ein Profiteur der „Arisierung“ jüdischen Besitzes. Heinrich Stalling, der die Leitung des Verlages bis zu seinem Tod 1941 innehatte, war darin die eindeutig dominierende Person, zumal sein dem Nationalsozialismus distanziert gegenüberstehender Bruder Paul auf Druck von Gauleiter Röver das Familienunternehmen 1936 verlassen musste. Zum 70. Geburtstag erhielt Heinrich Stalling Glückwünsche von Hitler selbst, Goebbels und Innenminister Frick und wurde mit der Goethe-Medaille ausgezeichnet. Der NSDAP trat er nach Aufhebung der Mitgliedersperre im Mai 1937 bei. Dies spricht insgesamt für große ideologische Nähe zum Nationalsozialismus. Daneben hatte sich Stalling durch sein Engagement für das Sanitäts- und Blindenführerhundewesen verdient gemacht und substantielle Verdienste um die Wissenschaft und die Universität Göttingen erworben, u.a. durch große Spenden für den Universitätsbund und als Verleger der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens. Das war neben der ideologischen Ausrichtung seines Verlages der Grund für die Verleihung der Ehrenbürgerwürde. Angesichts des Ausmaßes, in dem rechtsnationale und nationalsozialistische Autoren im Verlag publizierten, der führenden Rolle Stallings im Verlag und seiner engen Verbindung zur Führungsspitze des „Dritten Reiches“ erscheint eine Distanzierung geboten.

² Prof. Dr. Dirk Schumann, unter Mitarbeit von Lena Freitag, M.A., und Isabella Bozsa, M.A. Gutachterliche Stellungnahme zum Ehrenbürger (1934) der Georg-August-Universität Heinrich Sohnrey (1859-1948), Göttingen, 19. August 2013, S. 1, online: www.uni-goettingen.de/de/gutachten-zu-heinrich-sohnrey-ehrenb%C3%BCrger-1934-der-universit%C3%A4t/444386.html (zuletzt eingesehen am 26. August 2014).

1.2 Deutlich belastete Ehrendoktoren

Oswald Menghin

Der österreichische Prähistoriker Oswald Menghin (1888-1973, Dr. phil. h. c. 1937, [S. 34-40](#)), seit 1922 ordentlicher Professor an der Universität Wien und 1935/36 deren Rektor, zeigte schon 1923 seine Sympathie für den Nationalsozialismus und war Mitglied eines antisemitischen Geheimbundes. Im Kabinett des Nationalsozialisten Arthur Seyß-Inquart, das den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich vorbereitete, amtierte Menghin als Unterrichtsminister und trug die Verantwortung für die Entlassung jüdischer und politisch unerwünschter Hochschullehrer wie für den Ausschluss jüdischer Studierender von den Universitäten. Obwohl erst seit 1940 NSDAP-Mitglied und Angehöriger der SS-Wissenschafts- und Kulturorganisation „Ahnenerbe“, sah Menghin schon vor 1933 in der „Rassenfrage“ ein zentrales Gegenwartsproblem. Auch wenn er konzedierte, dass die angenommene Rassereinheit der prähistorischen Zeit nicht mehr herstellbar sei, verlangte er doch die deutliche Abgrenzung von rassistisch „minderwertigen“ Juden und „Negern“. Der Vorschlag, Menghin zum Ehrendoktor zu ernennen, kam vom deutschen Botschafter in Wien (dem ehemaligen Reichskanzler von Papen) und wurde neben Menghins internationalem wissenschaftlichen Ansehen mit der Vermittlungstätigkeit zwischen den österreichischen Nationalsozialisten und der austrofaschistischen Regierung begründet. Die Philosophische Fakultät zog ihre zunächst mündlich gegebene Zusage zur Ernennung am Tag davor aus nicht näher feststellbaren Gründen jedoch wieder zurück, was zu einer Intervention des Botschafters bei Rektor Neumann führte, nach der die Ehrung doch vorgenommen wurde. Nach Kriegsende war Menghin zwei Jahre in US-amerikanischen Lagern interniert, bevor er 1948 nach Argentinien flüchten konnte und als Professor an der Nationaluniversität in Buenos Aires wieder wissenschaftlich tätig wurde. Die Verfolgung Menghins als Kriegsverbrecher wurde 1956 unter Verweis auf seine national-katholische Haltung eingestellt. Auch wenn Menghin in der Forschung als „Mann zwischen den Fronten“ des Nationalsozialismus und des Austrofaschismus bezeichnet worden ist, deckte sich seine weltanschauliche Position in wesentlichen Punkten mit der nationalsozialistischen. Er leistete einen maßgeblichen Beitrag zur Machtübernahme und -etablierung der Nationalsozialisten in Österreich.

Martin Redeker

Der 1926 in Göttingen promovierte und 1932 in Münster habilitierte Theologe Martin Redeker (1900-1970, Dr. theol. h. c. 1935, [S. 40-45](#)) wurde 1933 in Berlin zusätzlich zum Dr. phil. promoviert, trat zum 1. Mai 1933 in die NSDAP ein und wurde im Wintersemester 1934/35 mit ausdrücklicher Unterstützung der NSDAP-Gauleitung Professor in Münster. 1936 wechselte er an die aufgrund ideologisch begründeter Entlassungen gänzlich neu zu besetzende Theologische Fakultät der Kieler Universität. Während des Krieges als Militärpfarrer eingesetzt, konnte er nach 1945 auf seinen Lehrstuhl zurückkehren, obwohl der Landesbruderrat der Bekennenden Kirche ihn für „untragbar“ hielt. Redeker, Vertreter des völkisch-antisemitischen Protestantis-

mus der „Deutschen Christen“, hielt noch in den 1950er Jahren Kontakt zu deren früheren Mitgliedern. Zugleich engagierte er sich an führender Stelle im Evangelischen Arbeitskreis der CDU, vertrat die Partei im Kieler Landtag und strebte – allerdings vergeblich – das Amt des schleswig-holsteinischen Kultusministers an. 1955 musste er unmittelbar nach seiner Wahl zum Rektor der Universität auf das Amt verzichten, nachdem er sich mit dem Vorwurf konfrontiert sah, bei einer Tagung antisemitische Äußerungen gemacht zu haben. Seit den späten 1950er Jahren sah er sich erneut und wiederholt der Kritik wegen seiner NS-Vergangenheit ausgesetzt, konnte jedoch bis zu seiner regulären Emeritierung 1968/69 seinen Lehrstuhl behalten. Redekers Ehrendoktorwürde, die er bereits im Alter von 35 Jahren erhielt, wurde ihm wegen seiner Verdienste um eine dezidiert antiliberalistische, den Vorrang des „Volkstums“ fordernde Reform der Pädagogik verliehen. Offensichtlich ging es nicht darum, Redekers wissenschaftliche Verdienste in der Theologie zu würdigen, sondern einem engagierten, jungen Nationalsozialisten nicht nur unter den Theologen zusätzliches Ansehen zu verschaffen. Dass Redeker sich in seinen späten Jahren Verdienste um die Universität Kiel durch den Aufbau eines Studentenwohnheims und die Gründung einer Schleiermacher-Forschungsstelle erwarb, ist positiv zu vermerken, verändert das Gesamtbild seiner Person aber nicht wesentlich.

Heinrich Zillich

Der siebenbürgische, in Berlin promovierte Schriftsteller Heinrich Zillich (1898-1988, Dr. phil. h. c. 1937, [S. 45-53](#)) hatte als Leutnant der österreichischen Kaiserjäger am Ersten Weltkrieg teilgenommen. Seit 1924 gab er die Literaturzeitschrift „Klingsor“ heraus, übersiedelte 1936 nach Bayern und wurde nach Kriegsbeginn Offizier in der Wehrmacht. Seit April 1941 war Zillich NSDAP-Mitglied. Nach 1945 wirkte er u.a. als Vorsitzender der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen (1952-1963). Außerdem bemühte er sich, insbesondere 1950 als Herausgeber eines Erinnerungsbandes, an dem sich ausgewiesene Anhänger der NS-Ideologie als Autoren beteiligten, um die Pflege des Andenkens an den Wiener Lyriker und NS-Anhänger Josef Weinheber, der kurz vor Kriegsende Selbstmord begangen hatte. Zillichs eigenes Werk zeigt vor 1933 einen ausgeprägten Nationalismus der zur Minderheit im neuen Rumänien gewordenen deutschen Siebenbürger und auch einen deutlichen Antisemitismus. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wich seine vorherige Skepsis rückhaltloser Bewunderung für Adolf Hitler. Hauptreferenzpunkt für die Verleihung der Ehrendoktorwürde war Zillichs 1936 erschienener Roman „Zwischen Grenzen und Zeiten“, der sich mit dem Schicksal der Kriegsgeneration der deutschen Siebenbürger befasst und die blonde und blauäugige Hauptfigur in ihrer Auseinandersetzung mit anderen Volksgruppen und den eindeutig abwertend gezeichneten „Zigeunern“ zeigt. Nach 1945 schrieb Zillich seinen jetzt antibolschewistisch gewendeten und weiterhin mit Führerideen aufgeladenen Nationalismus bruchlos und ohne Distanzierung von früheren Werken fort.

2. Die Arbeitsschritte im Überblick

2.1 In Göttingen

In einem ersten Schritt, der klären sollte, wie die Georg-August-Universität Göttingen nach 1945 mit den von ihr zwischen 1933 und 1945 ernannten Ehrenbürgern und -doktoren mit nationalsozialistischem Hintergrund umgegangen ist, wurden zunächst die Protokolle der Senatssitzungen der Universität gesichtet. Bei ihnen handelt es sich um Beschlussprotokolle, die jedoch nicht nur getroffene Entscheidungen enthalten, sondern zum Teil auch Einblicke in die Diskussionen des Gremiums ermöglichen. Die Senatsprotokolle der Zeit zwischen 1945 und 1989 (im Universitätsarchiv) wie auch diejenigen der 1990er und 2000er Jahre (eingesehen in der Rechtsabteilung der Universität) wurden vollständig durchgesehen, wobei für ein Jahr von durchschnittlich zwölf (ordentlichen und außerordentlichen) Senatssitzungen ausgegangen werden kann. Der Aufbau der Protokolle besteht in den ersten Jahren des untersuchten Zeitraums aus den Teilen Studentische Angelegenheiten, Allgemeine Angelegenheiten, Personalien und Verschiedenes, wohingegen ab dem 30. April 1969 zwischen Allgemeinen Angelegenheiten (öffentlich) und Personalien (nicht öffentlich) unterschieden wird. Abweichungen von der beschriebenen Protokollstruktur sind im Jahr 1945 zu finden, als zunächst ausführlich und anschließend nur stichpunktartig festgehalten wurde, wie die Verhandlungen mit der Besatzungsmacht über die Zukunft der Universität verliefen. Hier ist ein für das Projekt relevanter Vermerk zu finden: „Ehrensensoren und Ehrenbürger: Die Ausscheidung der Nichttragbaren wird vorbehalten, es bleibt einstweilen beim bisherigen Nicht-Abdruck der Liste im Personalverzeichnis.“ (Senatsprotokoll vom 18. August 1945)³ Im untersuchten Zeitraum konnte dann aber kein Protokoll gefunden werden, in dem der Senat über die in der NS-Zeit von der Universität ernannten Ehrenbürger weiter diskutiert hat – weder im Zusammenhang mit der Entnazifizierung der Göttinger Hochschule noch bei Ereignissen wie z. B. dem 40-jährigen Jubiläum der Wiedereröffnung der Georg-August-Universität im Wintersemester 1985/86. Die Protokolle der Monate hiervor enthalten keinerlei Hinweise auf Gespräche über die Universität in der NS-Zeit, ihre damals ernannten Ehrenbürger und -doktoren oder eine öffentliche Distanzierung von der „braunen“ Vergangenheit.

Eine weitere Recherche im Göttinger Universitätsarchiv hat bezüglich der Ehrenbürger wie auch -doktoren erste Erkenntnisse über ihre Ernennung sowie biographische Informationen ergeben. Bei den gefundenen Quellen handelt es sich u.a. um die Rektoratsakte „Rek 1103-1“, in welcher die Korrespondenz über die Ernennung der Ehrenbürger zu finden ist. Die Durchsicht dieser Akte ergab, dass Vorschläge für Ehrungen zunächst an den Rektor der Universität herangetragen wurden, woraufhin dieser verschiedene Personen um Gutachten bat. Anschließend

³ Dieser Satz könnte so verstanden werden, dass die Ehrenbürgerschaft nicht automatisch mit dem Tod des Betroffenen erlosch, denn zum Zeitpunkt der Senatssitzung waren die Ehrenbürger Stalling (ernannt 1935) und von Münchhausen (ernannt 1944) bereits tot.

fand eine Beratung im Senat⁴ statt und als letzte Instanz musste das Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin – nach einer Beurteilung durch den Stab des Stellvertreters des Führers unter Rudolf Heß bzw. ab 1942 der NS-Parteikanzlei unter der Leitung Martin Bormanns, über welche die Universitäten jedoch nicht informiert wurden – zustimmen.⁵

Da das Recht für die Ernennung von Ehrendoktoren zumindest offiziell in der Hand der einzelnen Fakultäten lag, musste hier auf deren Bestände zurückgegriffen werden. Akten des Universitätsarchivs, die explizit Material über Ehrungen enthalten, konnten vor allem bei der Juristischen, der Medizinischen, der Philosophischen wie auch der Theologischen Fakultät gesichtet werden.⁶ Außerdem sind für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche (Math.-Nat.) Fakultät Unterlagen zu Ehrenpromotionen aus den frühen 1930er Jahren erhalten. Insgesamt sind in den Akten der Fakultäten Dokumente über verschiedene Kandidaten für Ehrenpromotionen zu finden, die z. T. den Schriftverkehr zwischen Vorschlagenden, Dekan, Rektor, Reichserziehungsministerium und Auswärtigem Amt (falls es sich um Ausländer handelte) widerspiegeln. Sowohl von der Medizinischen als auch von der Math.-Nat. Fakultät konnten zudem Protokollbücher durchgesehen werden, worin die jeweiligen Fakultätsratssitzungen zusammengefasst sind.⁷ Allerdings ist hier lediglich herauszulesen, wann eine Ernennung vorgeschlagen bzw. beschlossen wurde, jedoch nicht aus welchen Gründen oder ob die Ehrenpromotion tatsächlich stattfand.

Des Weiteren gibt es eine Akte über das 200-jährige Jubiläum der Universität Göttingen⁸, bei welchem insgesamt 16 Ehrenpromotionen stattfanden. Hier sind sowohl Duplikate als auch Ergänzungen verschiedener Dokumente aus den Beständen der Juristischen, Medizinischen, Philosophischen und Theologischen Fakultäten zu finden, ebenso wie Unterlagen zu den 1937 ernannten Ehrendoktoren der Math.-Nat.-Fakultät. An den Unterlagen zum Universitätsjubiläum 1937 ist zu erkennen, dass eine rege Kommunikation zwischen Rektor, Fakultät, Ministerium und Auswärtigem Amt stattfand, da bei dem Fest ausschließlich ausländische Kandidaten geehrt wurden. Die Fakultäten schlugen zumeist die Kandidaten für eine Ehrenpromotion beim Rektor vor; dieser war das Bindeglied zwischen Universität und Reichserziehungsministerium und sorgte dafür, dass von den Fakultäten erstellte oder beauftragte Gutachten über die potentiellen Ehrendoktoren an letzteres gelangten. Erst nachdem zusätzlich die Bestätigung des Auswärtigen

⁴ Hierbei sollte beachtet werden, dass ab Herbst 1933 an der Universität das "Führerprinzip" galt, wodurch ein Großteil der Entscheidungsgewalt beim Rektor lag und der Senat lediglich eine beratende Funktion innehatte.

⁵ Am 4. März 1935 schickte Theodor Vahlen, Leiter des Amtes für Wissenschaften im Reichserziehungsministerium, die Nachricht, dass die Universitäten im Vorfeld einer Ernennung von Ehrenbürgern oder Ehrensensoren eine Stellungnahme an ihn schicken sollten. Die Verleihung der Urkunde sollte ausschließlich erfolgen, nachdem er sein Einverständnis dazu gegeben hatte. Vgl. UAG, Rek. 1103-1.

⁶ Es handelt sich hierbei um: Universitätsarchiv Göttingen, Jur. 0178 (1930-1937), Jur. 0256 (1937-1950), Med. 158, Med. 166, Med. Pers. 47, II Ph 5d, II Ph 5e, II Ph 5f sowie Theol. SA 165.

⁷ UAG, Med. Fak., Protokollbuch 1926-1949 und Math.Nat. 0161, Protokollbuch 1927-1946.

⁸ UAG, Sek. 49a.

Amtes eingeholt worden war, dass der jeweilige Kandidat sowohl eine ‚einwandfreie‘ politische Einstellung zum derzeitigen Deutschland als auch eine zweifelsfreie „arische“ Abstammung vorweisen konnte, erhielt die Universität die Erlaubnis, die Ehrenpromotion zu vollziehen.

Auch im Archiv der Stadt Göttingen hat eine Recherche stattgefunden. Hier wurden zunächst die Göttinger Zeitungen (Göttinger Tageblatt, Göttinger Zeitung, Göttinger Nachrichten) durchgesehen, um zu überprüfen, inwieweit die örtliche Presse möglicherweise über die Ernennung von Ehrendoktoren und Ehrenbürgern der Universität berichtet hat. Leider handelte es sich bei den Erwähnungen der universitären Ehrungen hauptsächlich um kurze Meldungen und auch die ausführlicheren Berichte über verschiedene Anlässe zur Ernennung (Jahrestagfeier der Universität 1935, Universitätsjubiläum 1937, Eingliederung der Forstlichen Fakultät in die Universität Göttingen) enthielten kaum mehr neue Informationen. Es konnte jedoch eine Akte gefunden werden, die sich mit Börries von Münchhausen beschäftigt, da dieser nicht nur zu einem Ehrenbürger der Universität sondern auch der Stadt Göttingen ernannt wurde.⁹ Neue Erkenntnisse zu dessen Biographie sind hierin jedoch ebenfalls nicht enthalten.

2.2 In Berlin

Da die im Göttinger Universitätsarchiv gefundenen Aktenbestände zum Teil große Lücken aufwiesen, fand eine einwöchige Recherche in Berliner Archiven statt. Im Bundesarchiv in Lichterfelde wurde in einem ersten Schritt eine Personensuche über die dortige elektronische Datenbank vorgenommen. Hierdurch konnte u. a. die Personalakte von Oswald Menghin wegen seines Aufnahmeantrags in die Reichsschrifttumskammer im Juli 1939, inklusive Lebenslauf, Abstammungsnachweis von ihm und seiner Ehefrau, Auszug aus dem Strafregister, kurze Stellungnahme der NSDAP, usw. durchgesehen werden.¹⁰ Weitere Funde zu anderen Göttinger Geehrten waren nur wenig aufschlussreich.

Einen großen Teil der Bundesarchivrecherche hat die Überprüfung der NSDAP-Mitgliedschaft aller 26 Ehrendoktoren und 9 Ehrenbürger eingenommen. Im Orts- und Zentralregister der noch in Berlin erhaltenen Parteikarteien konnten Mitgliedsbescheinigungen u.a. folgender Personen festgestellt werden: Martin Redeker, Heinrich Stalling und Heinrich Zillich. Die Mitgliederkarteien enthalten jedoch keine weiteren Informationen über andere NS-nahe Tätigkeiten, sondern lediglich Name, Geburts- und – falls vor 1945 verstorben – Todesdatum, zuständigen Gau und das jeweilige Aufnahmedatum. Besonders bezüglich der letzten Information gibt es jedoch z. T. Unklarheiten, da einige der Personen am 1. Mai 1933 aufgenommen worden sind, wie bspw. Martin Redeker, obwohl ab genau diesem Tag eine Aufnahmesperre in die

⁹ Es handelt sich hierbei um die Akten AHR I A Fach 6 Nr. 12 (Münchhausen).

¹⁰ Siehe BArch (ehem. BDC) RK, Menghin, Oswald, geb. am 19. April 1888.

Partei verhängt wurde (Verkündigung dieser Sperre am 22. April 1933), die bis 1937 beibehalten wurde. In der Forschung wird hiermit auf zwei verschiedene Weisen umgegangen. Möglicherweise handelte es sich um eine zuvor beantragte Mitgliedschaft, die erst zum 1. Mai 1933 realisiert werden konnte.¹¹ Eine andere Erklärung ist eine später beantragte Aufnahme in die Partei und eine Rückdatierung auf dieses Datum.¹² Für die letzte Möglichkeit sprechen die finanziellen Probleme der NSDAP, denn „[d]er plötzlich abbrechende Mitgliederstrom hatte [...] auch direkte Auswirkungen auf die Parteifinanzen, denn ohne weitere Eintritte kamen keine zusätzlichen Beiträge in die Kassen.“¹³ Eine Aufnahme „unter der Hand“ mit einer Rückdatierung, wie es auch dann später 1937 der Fall war¹⁴, kann somit auch bei den Ehrenbürgern und -doktoren der Universität Göttingen nicht ausgeschlossen werden.

Bei der Recherche in der elektronischen Datenbank des Bundesarchivs sowie der Findbücher zum Reichserziehungsministerium, Bereich Hochschule, konnten Aktensammlungen bezüglich allgemeiner Unterlagen zur Universität Göttingen sowie zur Ernennung von Ehrendoktoren und -bürgern an den deutschen Hochschulen gefunden werden. Allerdings stellte sich hierbei heraus, dass einige Sammlungen zu den universitären Ehrungen als „verschwunden“ gekennzeichnet waren, sodass die Unterlagen zum Zeitraum bis Ende der 1930er Jahre nicht eingesehen werden konnten. Des Weiteren ergab die Recherche eine Ergänzung bezüglich der Beschränkungen bei der Verleihung des Ehrenbürgerrechts. So verbot die Regierung nicht nur die Ernennung von Parteifunktionären, sondern ebenfalls von Wehrmachtsangehörigen, für die eine Ehrung wegen besonderer Verdienste im gegenwärtigen Krieg vorgesehen war.¹⁵ Diese Bestimmung gelte nicht nur für Gemeinden, sondern auch für Hochschulen und somit für jeglichen

¹¹ Glienke geht auf dieses Problem nicht explizit ein, zeigt aber durch seine Formulierung „trat zum 1.5.1933“, dass er von einer zuvor beantragten Mitgliedschaft ausgeht. Stephan A. Glienke, Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages, Hannover 2012, bspw. S. 66.

¹² Siehe z. B. bei Feldmann: „In die Partei war Samwer erst 1936 eingetreten, doch war sein Beitritt damals auf den 1. Mai 1933 rückdatiert worden.“ Oder auch bei Sinne: „Hörlein sagte später aus, er sei im Juni 1934 der NSDAP unter Verwendung eines Schlupflochs im Mitgliederstop [sic!] beigetreten, und seine Mitgliedschaft sei auf Mai 1933 rückdatiert worden.“ Gerald Feldman, Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933-1945, München 2001, S. 548; Ruth Lewin Sime, „Die ‚Uranspaltung‘ hat da die ganze Situation gerettet.“ Otto Hahn und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie im Zweiten Weltkrieg, in: Helmut Maier (Hrsg.), Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus, S. 268-304, S. 274f, FN 26.

¹³ Glienke, Landtagsabgeordnete, S. 44

¹⁴ „Diejenigen Beamten, die dem Ruf der Partei folgten, bezahlten ihren späten Beitritt mit einer Rückdatierung der Aufnahme auf Mai 1937, wodurch rückwirkende Mitgliedsbeiträge in die chronisch leeren Parteikassen gespült wurden.“ Bernhard Gotto, Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945, München 2006, S. 119f. Hierdurch ist zu erklären, weshalb auf der Kartei Heinrich Stallings das Antragsdatum der 26. Juli 1937 ist und das Aufnahmedatum der 1. Mai 1937.

¹⁵ BArch, R 43 II/1308b, F. 1.

akademischen Grad ehrenhalber. Aus diesem Grund untersagte Hitler der Georgia Augusta 1944, General Friedrich Hoßbach das Ehrenbürgerrecht der Universität Göttingen zu verleihen.¹⁶

Eine weitere Station auf der Berliner Archivreise war das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA). Aufgrund der Tatsache, dass viele der Ehrendoktoren, die zum 200-jährigen Jubiläum der Universität im Juni 1937 ernannt worden sind, aus dem Ausland stammten und sich auch in den bereits im Göttinger Archiv gefundenen Dokumenten Hinweise auf Gutachten des Auswärtigen Amtes befanden, lag eine Recherche im PA AA nahe. Bei den hierbei ermittelten Akten handelte es sich um die Bestände „Jubiläumsfeier der Göttinger Universität 1937“¹⁷ sowie „Deutsche Ehrungen an Hochschulen für Ausländer“¹⁸. Die eingesehenen Dokumente deckten sich allerdings zum großen Teil mit bereits in Göttingen gefundenen Quellen oder schlossen Korrespondenzlücken und brachten deshalb keine wesentlichen neuen Erkenntnisse.

3. Die Ehrenbürger und -doktoren

3.1 Das Verfahren der Ernennung

Das nationalsozialistische Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) bemühte sich bereits in den ersten Jahren nach der Machtübernahme um eine Erneuerung und vor allem Vereinheitlichung der Promotionsordnung an den deutschen Hochschulen, worin auch das Verfahren zur Ernennung von Ehrenbürgern, Ehrendoktoren und anderer akademischer Ehrungen festgehalten werden sollte. So fragte das Ministerium zunächst bei allen Hochschulen nach bereits bestehenden Ordnungen, wobei die Antwort des Dekans der Göttinger Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät mit der Bestimmung §14 „Die Fakultät kann [...] die Würde eines Doktors [...] ehrenhalber verleihen“ zeigt, dass hier kaum Regelungen vorlagen. Auch der Zusatz einer Satzung von 1915, dass „eine Ehrenpromotion nicht stattfinden [kann], wenn zwei stimmberechtigte Fakultätsmitglieder sich dagegen aussprechen“¹⁹, führte kaum zu einer genaueren Richtlinie, wer ernannt werden durfte. Da der Prozess der Vereinheitlichung lange dauerte – erst im März 1938 erschienen einheitliche und dauerhaft gültige Richtlinien –, erließ das Reichserziehungsministerium zunächst immer wieder einzelne Bestimmungen für die Ernennung von universitären Ehrenbürgern und -doktoren, wie die Unterlagen sowohl zur Jubiläumsfeier 1937 als auch die Ehrenpromotionsakten der Fakultäten zeigen. Diese bezie-

¹⁶ Vgl. Reichsminister und Chef der Reichskanzlei an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (3. Dezember 1944): BArch, R 43 II/942c, F. 1. Hoßbach hatte seine Laufbahn 1913 als Fähnrich im Infanterieregiment 82 in Göttingen begonnen, war später mehrere Jahre Wehrmachtsadjutant Hitlers und Ende 1944 Oberbefehlshaber der 4. Armee an der Ostfront.

¹⁷ PA AA, R 64280 und R 67876k.

¹⁸ PA AA, R 64254 bis R 64260.

¹⁹ BArch, R 4901/785, S. 46.

hen sich u. a. darauf, dass die Universitäten verpflichtet seien, frühzeitig die Genehmigung für eine Ehrung beim Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung einzuholen.²⁰ Außerdem sollten die Universitäten und Hochschulen davon absehen, „führende Männer der nationalsozialistischen Bewegung“ zu ehren.²¹ Noch vor dem Universitätsjubiläum 1937 herrschte Unklarheit darüber, wer überhaupt die Ehrenpromotion erhalten durfte. So stellte das Reichsministerium kurz vor dem Jubiläum weitere Sonderregelungen bezüglich der Ehrungen aus: Rektor Friedrich Neumann²² erhielt noch wenige Tage vor den Feierlichkeiten ein Schreiben aus dem Reichsministerium, nach welchem – ohne eine Begründung – „von Ehrenpromotionen deutscher Reichsangehöriger bei der 200-Jahrfeier [...] abzusehen ist.“²³ Da Vermutungen hierüber jedoch schon vorher in der Universität kursierten²⁴, bezogen sich die zuvor ausgesprochenen Vorschläge der Fakultäten bereits auf ausländische Kandidaten.

Eine Vereinheitlichung der universitären Ehrungen geschah erst mit der Veröffentlichung der „Richtlinien für die Verleihung des Grades und der Würde eines Ehrendoktors sowie der akademischen Würde eines Ehrensensors, Ehrenbürgers oder Ehrenmitgliedes“²⁵ durch den Reichserziehungsminister Rust am 22. März 1938. Hiernach traf die Entscheidung über eine Ehrenpromotion der jeweilige Dekan der Fakultät nach Anhörung des Fakultätsausschusses (nicht zu verwechseln mit einer Abstimmung, die im Rahmen des Führerprinzips nicht mehr statthaft war), wobei zusätzlich die Genehmigung des Rektors einzuholen war. Bei der Ehrenbürgerwürde lag die Entscheidung über eine Verleihung allein bei letzterem nach einer Anhörung des Senats. Der Wortlaut der Diplome sei der Fakultät bzw. dem Rektorat überlassen, müsse allerdings in

²⁰ Vgl. Runderlass W I a Nr. 553 vom 4. März 1935, in: UAG, Jur. 0178.

²¹ H. Stieve (Halle) an Rektor Neumann am 9. November 1933, in: UAG, Rek. 1103-1.

²² Friedrich Neumann (1889-1978) studierte in Marburg, München und Göttingen, wo er 1914 promoviert und 1921 habilitiert wurde. 1927 erhielt er – nach zwischenzeitlicher Tätigkeit an der Universität Leipzig – eine Professur für Deutsche Philologie an der Georg-August-Universität. Neumann amtierte von 1933 bis 1938 als Rektor. Er war Mitglied im NS-Lehrer- und Dozentenbund sowie ab 1933 NSDAP- und förderndes Mitglied der SS und beteiligte sich an den Bücherverbrennungen im Mai 1933. Bei der Veranstaltung zum „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“ im November 1933 hielt er eine Rede. Während seiner Amtszeit betrieb er aktiv die Besetzung neuer Hochschullehrerstellen mit NS-nahen Wissenschaftlern. 1945 wurde er seines Amtes als Ordinarius enthoben und 1953 emeritiert. Siehe Ulrich Hunger, Friedrich Neumann und der Nationalsozialismus. Eine biographische Fallstudie zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik, in: Göttinger Jahrbuch 53 (2005), S. 95-124.

²³ Das Reichserziehungsministerium an Rektor Neumann am 19. Juni 1937, in: UAG, Sek. 49a.

²⁴ Am 2. September 1936 erhielt Rektor Neumann ein Schreiben des Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung darüber, dass „die grundsätzliche Frage der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Inländer [...] noch nicht endgültig geklärt“ sei. Aus diesem Grund könne einer Ernennung Professor Dr. Meissners aus Bonn zum Ehrendoktor der Göttinger Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät nicht zugestimmt werden: UAG, Jur. 0178.

²⁵ Es handelt sich hierbei um den Runderlass WA 420. Die Richtlinien sind zu finden im UAG, Jur. 0256. Außerdem veröffentlichte das Reichsministerium die Regelungen in dessen Amtsblatt: Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 4 (1938), S. 184-186.

deutscher Sprache verfasst sein. Hinzukam, dass der Rektor weiterhin jede beabsichtigte Ehrung dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vorzulegen habe, wobei eine eingehende Begründung sowie alle verfügbaren Informationen über den potentiellen Dr. h. c. oder Ehrenbürger einzureichen seien.

Die Richtlinien besagen weiter, dass nur Personen zu Ehrendoktoren ernannt werden dürfen, die „hervorragende eigene wissenschaftliche Leistungen“ oder „[m]ittelbare Verdienste um die Wissenschaft, etwa Stiftungen“ vorweisen können. Allein die Zugehörigkeit zur NSDAP werde als Argument für universitäre Ehrungen nicht akzeptiert, wenn keine weiteren Verdienste vorliegen. Ehrenpromotionen von Hochschullehrern, die noch an einer deutschen Universität tätig waren, sollten nicht gestattet werden. Bei deutschen Staatsangehörigen, die für eine Ehrenpromotion oder die universitäre Ehrenbürgerwürde vorgeschlagen wurden, war die zuständige Parteidienststelle – bei ausländischen Kandidaten das Auswärtige Amt – für die Überprüfung zuständig, ob die Betreffenden „arischer Abstammung“ waren und sich sowohl vor als auch nach der Machtübernahme als „politisch zuverlässig“ erwiesen hatten.²⁶ Entscheidend war hierbei jedoch in erster Linie das Einverständnis des Stabs des Stellvertreters des Führers bzw. später der NS-Parteikanzlei, dessen/deren Beteiligung „für eine Bekanntgabe an die Hochschulen nicht bestimmt“²⁷ war, so ein internes Schreiben des Reichserziehungsministeriums. Jener Instanz unterlagen hierbei die Aufgabe der „politischen Beurteilung“ der Ehrungskandidaten und die Entscheidung, ob es sich um eine „ehrenwerte“ Person im Sinne des „Dritten Reichs“ handelte.²⁸ Erst nach dieser Bewertung gab das Reichserziehungsministerium die endgültige Erlaubnis für eine Ehrung an die Universitäten bzw. Fakultäten weiter.

Des Weiteren enthalten die Richtlinien eine Zusatzbestimmung, nach der „für eine Übergangszeit von zwei Jahren grundsätzlich für jede einzelne Hochschule insgesamt nur eine Ehrenpromotion“ zugelassen werde – ausgenommen seien Hochschuljubiläen. Rust begründete dies damit, dass die Beseitigung aller vorherigen Einschränkungen sonst zu einer großen Anzahl von Ehrenpromotionen führen könnte. Schließlich sei „die Bedeutung der Ehrung ausdrücklich hervor[zu]heben.“ Diese Kontingentierung wurde durch Runderlasse vom 18. April 1940, vom 15. April 1942 sowie vom 18. April 1944 bis nach dem Krieg verlängert.²⁹

²⁶ Zu diesen politischen Überprüfungen siehe Kerstin Thiel, *Gesinnungskontrolle in Göttingen. Die NSDAP-Kreisleitung und die Beurteilung der ‚politischen Zuverlässigkeit‘*, in: Nicole Kramer/Armin Nolzen (Hg.), *Ungleichheiten im Dritten Reich. Semantiken, Praktiken, Erfahrungen*, Göttingen 2012, S. 117–138.

²⁷ Erlass des REM vom 2. Mai 1938 an alle Personalreferenten des Ministeriums, in: BArch, R 4901/12862, S. 50f.

²⁸ Siehe voraussichtlich ab September 2014: Kerstin Thiel, *Die prekäre ‚Volksgemeinschaft‘. Politische Mobilisierung und Gesinnungskontrolle in der Herrschaftspraxis der NSDAP-Kreisleitung Göttingen (1933–1945)*, Göttingen [2014], hierin besonders Kapitel VI.3. über den ideologischen Zweifel an Göttinger Akademikern und die Kontrollinstanzen der NSDAP, des NSD-Dozentenbundes und des Amtes Rosenberg.

²⁹ Siehe ein Schreiben von Reichsminister Rust an den Kurator der Universität Göttingen Helmut Bojunga vom 18. April 1944. (UAG, Jur. 0256) Es handelt sich um die Runderlasse WA 140, WA 810 und WA 310a.

3.2 Kurzbiographien der Ehrenbürger

Hermann Göring (1893-1946)

Zu der Ernennung Hermann Görings zum Ehrenbürger der Universität Göttingen konnte lediglich eine Kopie der Urkunde gefunden werden, die ihm am 6. Mai 1939 überreicht wurde. Der Inhalt lautet:

„Die Georg-August-Universität zu Göttingen verleiht aus Anlaß der Eingliederung der Forstlichen Hochschule Hann. Münden als Forstliche Fakultät in die Georg-August-Universität mit dem Wunsche der dauernden Verbundenheit, dem Generalfeldmarschall und Preußischen Ministerpräsidenten Reichsforstmeister und Reichsjägermeister Hermann Göring die Würde eines Ehrenbürgers. Sie ehrt in ihm den treuen und beharrlichen Vorkämpfer nationalsozialistischer Weltanschauung, der forstliches Brauchtum ehrfürchtig bewahrt und beschützt, der die deutsche Forstwirtschaft zu einer machtvollen großdeutschen Einheit zusammenführte und sie als Nationalsozialist auf das Gesetz der Lebensgemeinschaft des Waldes stellte und damit einen neuen Abschnitt im deutschen Waldbau begann, der die deutsche Forstwissenschaft zu großen Aufgaben führte und ihr neue Arbeitsmöglichkeiten schenkte.“

Die Universität nutzte die Eingliederung der Forstlichen Hochschule als Anlass für die Ernennung Hermann Görings zum Ehrenbürger. Während andere Universitäten mit ihren Versuchen, hochrangige NS-Funktionäre in den ersten Jahren nach der „Machtergreifung“ zu ehren, scheiterten³⁰, hatten sich die Kontrollen besonders bei Ehrenbürgern zum Zeitpunkt der Göttinger Verleihung gelockert (siehe Kapitel 3.1). NSDAP-Mitglieder und Regimefunktionäre konnten seit März 1938 geehrt werden, wenn sie weitere Verdienste um die Wissenschaft im Allgemeinen geleistet hatten, worauf die starke Betonung des Einflusses Görings auf die Forstwissenschaft zurückzuführen ist.

³⁰ Als eine der ersten unternahm die TH Stuttgart den Versuch, Adolf Hitler zu ihrem Ehrendoktor zu ernennen. Die Ablehnung sowie eine Distanzierung des REM erfolgten jedoch direkt am nächsten Tag. Siehe Helmut Heiber, Universität unterm Hakenkreuz, Teil II, Bd. 1: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, München u.a. 1992, S. 51.

Börries Freiherr von Münchhausen (1874-1945)

Der letzte unter dem nationalsozialistischen Regime ernannte Ehrenbürger war Börries Freiherr von Münchhausen³¹; er erhielt seine Ehrenbürgerschaft am 20. März 1944. Der in Moringen bei Göttingen aufgewachsene Münchhausen studierte von 1895 bis 1899 Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg, München, Berlin und Göttingen und promovierte in Leipzig. Anschließend kehrte er zurück nach Göttingen, wo er junge Literaten um sich versammelte und als Schirmherr des Göttinger Balladenkreises verschiedene Talente förderte. Seine Position als Schriftsteller war bereits kurz nach 1900 so gefestigt, dass er begann, viele seiner alten Texte erneut abzudrucken; die Auflagenzahlen von mehreren Tausend zeigen die Kontinuität seiner Popularität bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.³²

Ab 1925 war Münchhausen Schriftleiter von „Volk im Wort“ (einer Beilage der Zeitschrift „Volk und Rasse“³³). Hierin solle „der neue Gedanke der Rasse in seinen Auswirkungen auf das Schrifttum und die Kunst verfolgt werden. Denn auch die Künste stehen [...] durchaus unter dem Gesetz der Rasse.“³⁴ In der von Münchhausen betreuten Beilage sind Beiträge über die historische Entwicklung der Germanen, die Verteilung bestimmter Rassenmerkmale auf dem deutschen Gebiet oder die Verbindung zwischen Volkstum und Rasse zu finden.³⁵ Die Zeitschrift erschien im Verlag von Julius Friedrich Lehmann, der bereits in der Weimarer Republik zu den einflussreichsten antisemitischen Verlegern gehörte und die NSDAP auch schon in den frühen 1920er Jahren durch Spendengelder unterstützte.³⁶

Münchhausens Name ist unter den „88 deutschen Schriftstellern“ zu finden, die Adolf Hitler im Oktober 1933 die Treue gelobten. Wenige Monate später erhielt er den Auftrag, für die Olympischen Spiele 1936 einen geeigneten Text für eine deutsche Olympiahymne zu finden. Anstatt eines allgemeinen Preisausschreibens kontaktierte Münchhausen ausgewählte, ihm be-

³¹ Informationen zu Börries von Münchhausen in: Ernst Klee (Hrsg.), Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2007, S. 423f. sowie in: Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Neue deutsche Biographie, Bd. 18: Moller-Nausea, Berlin 1997, S. 525-527. Online: <http://daten.digital-sammlungen.de/~db/0001/bsb00016336/images/index.html?id=00016336&nativo=525> (zuletzt eingesehen am: 26. August 2014).

³² Vgl. Thomas F. Schneider, Ein „Beitrag zur Wesenserkenntnis des deutschen Volkes“. Die Instrumentalisierung der Ballade in der extremen politischen Rechten und im Nationalsozialismus 1900-1945, in: Srdan Bogosavljevic, Winfried Woesler (Hrsg.), Die deutsche Ballade im 20. Jahrhundert, Bern u.a. 2009, S. 125-150, hier S. 131f.

³³ Hierbei handelt es sich um eine Zeitschrift, die ab 1926 als das jeweils dritte Heft von „Deutschlands Erneuerung“ erschien.

³⁴ Börries von Münchhausen, Volk im Wort, in: Volk im Wort 1 (Febr. 1926), S. 1-3, hier S. 2.

³⁵ Robert Gradmann, Volkstum und Rasse in Süddeutschland. Rektoratsrede vom 4. November 1925, in: Volk und Rasse 1 (1926), H. 3, S. 135-148, Walter Scheidt, Die Verteilung körperlicher Rassenmerkmale im Gebiet deutscher Sprache und Kultur, in: Volk und Rasse 1 (1926), H. 4, S. 229-238, Gustav Schwantes, Die Germanen, in: Volk und Rasse 1 (1926), H. 2, S. 71-84.

³⁶ Vgl. Kurt Gossweiler, Reichswehr, Kapital und NSDAP 1919-1924, Berlin 1982, S. 223.

kannte Schriftsteller. Die wenigen Beiträge, die er erhielt, waren jedoch nicht geeignet, sodass doch ein öffentliches Preisausschreiben vorgenommen wurde.³⁷ Außerdem war er unter den Unterzeichnern des „Aufrufs der Kulturschaffenden“, der am 18. August 1934 in dem NSDAP-Blatt „Völkischer Beobachter“ erschien.³⁸ Hierin befürworteten die Unterschriebenen die Verbindung von Reichskanzler- und Reichspräsidentenamts, über die am nächsten Tag durch eine Volksbefragung entschieden werden sollte.

Münchhausen war besonders in den 1920er Jahren in den Schriftstellerkreisen aktiv, deren Arbeiten in der Nähe der nationalsozialistischen Ideologie zu verorten sind bzw. von den Nationalsozialisten hierfür vereinnahmt wurden: Hans Grimm ist hier als Beispiel zu nennen.³⁹ Im Frühjahr 1926 wurde die Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste gegründet; ihre leitenden Mitglieder entsprachen jedoch nicht den Vorstellungen Münchhausens und anderer nationalkonservativer Schriftsteller, die sich gezielt für eine deutsche Dichtervertretung einsetzten.⁴⁰ Am 30. Mai 1932 versammelte Münchhausen auf der Wartburg in Eisenach zum ersten Mal ausgewählte Dichter um sich, die zu seinem nationalkonservativen und völkischen Freundeskreis gehörten.⁴¹ Bei diesem Treffen tauschten sich die Schriftsteller nicht nur über ihre Werke aus, sondern berieten vor allem darüber, wie eine neue Ausrichtung der bisherigen Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste möglich sein könnte. Zu diesem Zweck kontaktierte Münchhausen 1932 den Politiker und im selben Jahr für wenige Monate als Reichskanzler amtierenden Franz von Papen sowie ab 1933 Bernhard Rust. Bereits am 8. März 1933 kam es zu einem ersten Gespräch zwischen dem Schriftsteller und dem damaligen preußischen Kultusminister Rust, bei welchem sie private Freundlichkeiten austauschten – beide hatten ihre Schulzeit auf dem Lyzeum 2 in Hannover verbracht – und darüber diskutierten, ob und welche Personen aus der Akademie entfernt werden sollten. Hierbei, so hielt es Münchhausen in seinem Tagebuch fest, habe er dem Minister geraten, keine Mitglieder mehr zu entlassen und „keine Märtyrer [zu] schaffen“, sondern sie bei einem Neuaufbau der Akademie nicht mehr auszuwählen.⁴² Anfang Mai 1933 erfolgte die u.a. durch Gottfried Benn angestoßene „Selbstsäuberung“ der Akademie und die durch Rust bestimmte Einsetzung neuer Mitglieder. Während

³⁷ Vgl. Werner Mittenzwei, Der Untergang einer Akademie oder die Mentalität des ewigen Deutschen. Der Einfluß nationalkonservativer Dichter an der Preußischen Akademie der Künste 1918 bis 1947, Berlin 1992, S. 370.

³⁸ Vgl. Aufruf der Kulturschaffenden, in: Völkischer Beobachter. Berliner Ausgabe 47. Jahrgang, 230. Ausgabe (18. August 1934), S. 10.

³⁹ Hans Grimm trat besonders durch sein zweibändiges Werk „Volk ohne Raum“ im Jahr 1926 in Erscheinung, in welchem er über die ‚Lebensraumnot‘ des deutschen Volkes schrieb. Näheres zu dem Roman sowie eine Einordnung in das Leben Hans Grimms findet sich bei: Annette Gumbel, „Volk ohne Raum“. Der Schriftsteller Hans Grimm zwischen national-konservativem Denken und völkischer Ideologie, Darmstadt/Marburg 2003, S. 83-108.

⁴⁰ Vgl. Mittenzwei, Untergang einer Akademie, bspw. S. 84.

⁴¹ Vgl. ebd., Kap. 7.

⁴² Vgl. Börries von Münchhausen, Tagebuch (8. März 1933), in: HANS, Cod. Ms. B. v. Münchhausen 58.

Schriftsteller wie der jüdische Alfred Döblin oder Thomas Mann ihre Posten aufgeben mussten, erhielt neben überzeugten Nationalsozialisten wie Hanns Johst auch Börries von Münchhausen Zugang zu dem Senat der Sektion Dichtkunst.⁴³

Münchhausen agierte bis Ende der 1930er Jahre innerhalb der Akademie, stand weiterhin in engem Kontakt mit Rust und übernahm im Sommer 1937 als Jurist die Aufgabe, eine neue Satzung für die Akademie auszuarbeiten.⁴⁴ Im Rahmen der Neugestaltung thematisierte er auch die „Inaktivierungsliste“, wobei er die Ausgrenzung der „jüdisch Versippten“ befürwortete, aber bei den aus politischen Gründen zu Entlassenden Kritik äußerte – besonders wegen der wenigen Mitentscheidungsmöglichkeiten des Akademiesenats.⁴⁵ Zwar gelang es Rust und Münchhausen, die Akademie vor einer Übernahme bzw. einem Neubau durch Goebbels zu verhindern, anschließend blieb jedoch jede weitere Aktivität in der Sektion Dichtkunst aus.⁴⁶ Auch Münchhausens Bestrebungen, die Wartburg als Ort für die deutsche Dichteralite zu schaffen, scheiterte, da sich mit der Zeit einige Teilnehmer von der Idee der national-konservativen Veranstaltung entfernt hatten und mit Goebbels Eingriff 1938 das endgültige Aus erfolgte.⁴⁷ Obwohl Münchhausen sich mit Beginn der 1940er Jahre immer weiter aus dem öffentlichen Leben zurückzog und die Jahre bis zu seinem Selbstmord im März 1945 auf seinem Schloss Windischleuba verbrachte, setzte ihn Hitler noch im Jahr 1944 auf die „Gottbegnadeten-Liste“⁴⁸ der bedeutendsten Schriftsteller des NS-Staates.⁴⁹

Obwohl Joseph Goebbels durch die Reichsschrifttumskammer sowie die Übernahme des Dichtertreffens in die Tätigkeitsbereiche Münchhausens eingriff, konnte sich der Dichter über die Jahre hinweg für den Reichsminister wie für andere führende Nationalsozialisten begeistern. Er schreibt von seiner Begegnung mit Goebbels bei der Schiller-Feier in Weimar, dass dieser „mit beiden Händen meine Hand“ schüttelte und ihm versicherte, „wie sehr er mich seit seinen

⁴³ Vgl. Mittenzwei, Untergang einer Akademie, Kap. 9 und 10.

⁴⁴ Vgl. Mittenzwei, Untergang einer Akademie, S. 396f.

⁴⁵ Vgl. ebd., S. 397f.

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 405.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 420-425. Goebbels übernahm die Idee eines Dichtertreffens, das er jedoch nach seinem Geschmack umwandelte und nicht auf der Wartburg, sondern in Weimar stattfinden ließ.

⁴⁸ Es handelt sich hierbei um eine gegen Ende des Zweiten Weltkrieges von Hitler und dem Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung erstellte Liste, auf der mehrere Hundert Personen aus verschiedenen kulturellen und künstlerischen Bereichen aufgenommen wurden. Sie galten als prominent und für die NS-Propaganda als besonders „wertvoll“, auch wenn dies nicht immer der tatsächlichen weltanschaulichen Einstellung der Aufgelisteten entsprach, so Günter Scholdt: Ders., Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993, S. 738.

⁴⁹ Vgl. Börries von Münchhausen, in: Klee, Das Kulturlexikon, S. 423f.

Schüler- und Studentenjahre liebe und verehere.“⁵⁰ Hierbei betont er, dass weder Hitler, der ihm ebenfalls die Hand schüttelte, noch Goebbels „zu keinem anderen ein Wort bei dieser Vorstellung“ gesprochen hatten, „sodaß ich die bescheidenen Eindrücke wohl zu würdigen habe.“⁵¹ Außerdem schrieb er in sein Tagebuch, dass er und seine Frau in Weimar zur Eröffnung der Buchwoche 1936 bei Goebbels zum Kaffeetrinken eingeladen waren. Er könne seiner Frau nur zustimmen, die „noch nie einen so anmutigen Mann kennen gelernt“ habe, da er „im Plaudern einfach bezaubernd“ sei.⁵² Auch gegenüber Goebbels selbst hielt Münchhausen seine Anerkennung nicht zurück. In einem Brief an den Propagandaminister am 25. März 1939 schrieb er: „Hochverehrter und lieber Minister, Sie wissen aus mehrfachen Briefen, daß in meinem Herzen von je ein kleines Extra-Altärchen brennt für Dr. G. [...] Schon einmal habe ich Sie gebeten, Ihre *Reden und Aufsätze zur Kunst*, insbesondere zur *Dichtung* gesammelt [Hervorhebung bei Mittenzwei] – und am besten an einigen Stellen mit Fußnoten für das nur „Journalier!“ – herauszugeben. Glauben Sie mir, ich bitte für zehntausende, die gleich mir immer wieder in Ihren Worten Erkenntnisse, Zielweisung – oft auch Tröstung – finden.“⁵³ Allgemein schien sich Münchhausen gerne über politisch hochrangige Personen zu äußern. So hielt er in seinem Tagebuch für Anfang Januar 1939 fest, dass ihn eine „25jährige Anschwärmerin“ besucht habe, die „als politische Führerin etwa 6000 Mädels unter sich“ hatte und ein „liebes, offenes Mädchen“ sei, mit der er „recht für Führer und Reich schwärmen konnte.“⁵⁴

Der Schriftsteller entwickelte schon früh eine nationalkonservative, heimatverbundene und antisemitische Denkweise, durch die er zwar der nationalsozialistischen Politik verhaftet blieb, die ihm aber auch den Unwillen der NS-Presse bescherte. Münchhausens Einstellung zum Judentum war zunächst ambivalent. Vereinzelt unterstützte er jüdische Künstler, wie z.B. den Graphiker Ephraim Moses Lilien, den er um 1900 kennenlernte und durch den er Einblicke in die zionistische Bewegung gewann. Laut eigener Aussage in „Die Welt“, dem Zentralblatt der zionistischen Bewegung, habe seine Balladensammlung „Juda“ mit Liliens Zeichnungen die beiden „eng [...] zusammengeführt“⁵⁵. Weiter berichtet Münchhausen, dass sein „lieber Freund“ Lilien auf dem Familiensitz Windischleuba „nicht nur mir, sondern auch meinen Eltern und Geschwis-

⁵⁰ Börries von Münchhausen, Tagebuch, Eintrag vom 10. Oktober 1934, S. 77, in: HANS, Cod. Ms. Münchhausen N 92 A (I Tagebuch und Briefwechsel).

⁵¹ Ebd.

⁵² Börries von Münchhausen, Tagebuch, Eintrag vom 25. Oktober 1936, S. 93, in: ebd.

⁵³ Börries von Münchhausen an Joseph Goebbels (25. März 1939), zitiert nach: Mittenzwei, Untergang einer Akademie, S. 354.

⁵⁴ Börries von Münchhausen, Tagebuch, Eintrag vom 3. Januar 1939, S. 141, in: HANS, Cod. Ms. Münchhausen N 92 A (I Tagebuch und Briefwechsel).

⁵⁵ Börries von Münchhausen, Wie das Buch „Juda“ entstand, in: Die Welt 5 (3.4.1901), H. 14, S. 21.

tern ein lieber Gast“ gewesen sei und sie dort zusammen eine „köstliche Zeit“ verbrachten.⁵⁶ Auch noch im Jahr 1922 schreibt Münchhausen in seinem aus autobiographischen Anekdoten bestehenden Buch „Fröhliche Woche mit Freunden“ positiv über jüdische Bekannte und Freunde der Familie. So berichtet er, dass zwischen seinen Eltern und der Familie ihres jüdischen Vermieters Meyerhof, bei dem sie um 1880 lebten, „freundliche[.] Beziehungen“ bestanden und dies auf ihre „geistige Freiheit, die weit über dem Durchschnitte stand,“ zurückzuführen sei.⁵⁷ In seinem Elternhause sei es nicht von Bedeutung gewesen, „ob die Gelehrten und Künstler an unserem Tische Preußen oder Welfen, Konservative oder Liberale, Juden oder Deutsche waren“.⁵⁸ Zwar habe er auf dem Gymnasium in Hannover den „Unterschied der Rassen“ bemerkt, allerdings beschreibt er das negative Verhalten seiner Mitschüler gegenüber dem Sohn des Landesrabbiners als „häßlich“ und betont, dass er selbst „wahrhaft befreundet“ mit dem Juden Ludwig Heynemann gewesen sei.⁵⁹ Heynemann, der „eine starke Begabung für schönes Sprechen“ hatte, habe „den Weg zu meinen jüdischen Balladen [...] geöffnet“.⁶⁰

Trotz seiner bis in die 1920er Jahre reichenden positiven Erfahrungen mit jüdischen Freunden, vertrat Münchhausen bereits zur Jahrhundertwende die Meinung, dass es sich bei der „Judenfrage“ um „keine Religionsfrage [...], sondern eine Rassenfrage“ handle.⁶¹ Er erklärte sich den Antisemitismus damit, dass „jeder Nichtjude [...] einen starken körperlichen und geistigen Widerwillen gegen jeden Juden“ habe und dieser „[s]o wie der Geruch der schwarzen Rasse der weissen unerträglich ist“⁶². Aus diesem Grund dürfe man den

„Widerwille[n] [...] niemandem zum Vorwurf machen [...], denn er sitzt tief zu innerst in unserem Herzen, unseren Augen und allen Sinnen, jeder unterliegt ihm, es ist ein instinktiver [...] wie ein aufsteigender Ekel unverantwortbarer Widerwille.“

Münchhausen behauptet, es gebe „schöne Juden, begehrenswerte Jüdinnen, es gibt grosse Künstler, feinsinnige Gelehrte, edle, vornehme Menschen unter ihnen.“⁶³ Sie sollten sich jedoch nicht taufen lassen und assimilieren, sondern „ein Volk im Volke [bilden], gehorsam und treu

⁵⁶ Ebd., S. 21f.

⁵⁷ Börries von Münchhausen, Fröhliche Woche mit Freunden, Stuttgart 1922, S. 52.

⁵⁸ Ebd., S. 53.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Ebd., S. 54.

⁶¹ Börries von Münchhausen, Ohne Titel, in: Julius Moses (Hrsg.), Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage, Berlin/Leipzig 1907, S. 28-31, hier S. 29.

⁶² Ebd., S. 28.

⁶³ Ebd.

den Gesetzen eures jeweiligen Vaterlandes, in euch gesellschaftlich geschlossen.“⁶⁴ In einem Brief (1911) an den antisemitisch eingestellten Schriftsteller, Literaturhistoriker und Kulturpolitiker Adolf Bartels ist eine Begründung dafür zu finden, warum Münchhausen die zionistische Bewegung unterstützte. Er sehe den Zionismus als „einen nationalen Eiterungsprozeß“, der zur „Eliminierung des Fremdkörpers“ führen könnte.⁶⁵ Außerdem ist er der Meinung, dass man nur mit Hilfe eines Geheimbundes aller Deutschen die „Befreiung vom Judentum“ schaffen könne, da „die Macht der Fremden zu stark“ sei, um öffentlich gegen sie vorzugehen.⁶⁶

1924 schreibt Münchhausen in seinem Aufsatz „Adel und Rasse“ in dem „Deutschen Adelsblatt“ u.a. über die Rangordnung der verschiedenen Rassen. So stehen „ein schwedischer Fischer, ein schottischer Schäfer, ein Bükeburger [sic!] Bauer [...] ohne jede Frage rassisch weit höher als ein Edelmann, dessen Mutter jüdischen, italienischen oder sonstwie ungermanischen Blutes ist.“⁶⁷ In diesem Zusammenhang geht er auch auf das „Problem“ der „Rassenmischung“ ein:

„Eine Ehe zwischen Ariern und Juden ergibt immer einen Bastard [...]. Der reine jüdische Stamm ist durch die Mischehe ebenso auf Geschlechter hinaus vernichtet, wie der reine blau-blonde Stamm.“⁶⁸

Er vergleicht diese Beziehung mit der Kreuzung zwischen einem Mops und einem Dackel, die „immer nur ein Mistvieh“ ergebe. Seiner Meinung nach, berechtige allein die „Blutreinheit“ zum Adel, da „der mischrassige Adlige [...] einer reinrassischen nordischen Bauerntochter nicht ebenbürtig“ sei.⁶⁹ So sollten seiner Meinung nach alle adeligen Familien „mit jüdischer Blutmischung“ „so schnell wie möglich ihren ‚Grafen‘ und ihr ‚von‘ ablegen“⁷⁰. Außerdem sei die „Frage der Reinrassigkeit des Adels als die allerwichtigste Frage jedes einzelnen und des ganzen Standes, darüber hinaus aber: unseres ganzen Volkes anzusehen.“⁷¹

Münchhausen kritisierte im Jahr 1926, dass das Deutschtum in der Literatur durch die Vielzahl von jüdischen und ausländischen Werken, die von der deutschen Bevölkerung Mitte der 1920er Jahre gegenüber Arbeiten deutscher Autoren bevorzugt gekauft würden, verschwinde.⁷²

⁶⁴ Ebd., S. 31.

⁶⁵ Börries von Münchhausen an Adolf Bartels am 1. Mai 1911, in: Mittenzwei, Untergang einer Akademie, S. 163.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Börries von Münchhausen, Adel und Rasse, in: Deutsches Adelsblatt 42 (1924), S. 63-65, hier S. 63.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Ebd., S. 64.

⁷⁰ Ebd., S. 63.

⁷¹ Ebd.

⁷² Vgl. Börries von Münchhausen, Vom Sterbebett der deutschen Seele, in: Schrifttum und Kunst (Beilage zu „Deutschlands Erneuerung“) März 1926, H. 2, S. 121-125.

Er erkenne die „in ihrer Art talentvollen jüdischen Zeitschriften“ ebenso wie „jede Leistung ritterlich an[...], auch wo sie sich zum Schaden meines Volkes auswirkte.“⁷³ Allerdings gebe es viele Bücher, „bei denen es durchaus wichtig ist, daß sie von einem Manne verfasst sind, der gleicher Rasse mit dem Leser war“⁷⁴, wie z.B. das „Kaiserbuch“⁷⁵ des jüdischen Autors Emil Ludwig. Hierin habe der „geb. Cohn“ als „zugewanderter Fremdstämmiger“ es gewagt, „mir meinen Fürsten zu verunglimpfen.“⁷⁶ Das „Kaiserbuch“ beschäftigt sich kritisch mit den Regierungsjahren und der Person Wilhelms II. und wurde von „zehntausende[n] und aber zehntausende[n] von Deutschen [...] zum meistgekauften [Buch] des Jahres gemacht“, die „kein Gefühl für das Auspeitschende [haben], das darin liegt, daß ein Jude ihnen ihren Kaiser so unglaublich darstellt.“⁷⁷ Er beklagt das mangelnde Deutschtumsbewusstsein der Deutschen, die trotz ihres Wissens um den Autor und den Inhalt, ein solches Buch gekauft hatten. Seine Hoffnung sei, dass nicht die Deutschen, sondern Juden ihre eigenen Bücher erworben und hierdurch die Verkaufszahlen beeinflusst haben, da so „mein Volk wenigstens freizusprechen sei“. Trotz seiner Ausführungen betont Münchhausen mehrfach, dass „diese Betrachtung nicht antisemitisch“ sei, schließlich gehe es ihm darum, dass es die Deutschen waren, die „ihre Seele aufgegeben“ haben.⁷⁸ Ein Grund für die „erdrosselte deutsche Seele“ sei, dass „der große Führer“ fehle, „der das ganze Volk zusammenschweißt und aufwärts reißt“, wie z.B. Lenin, Mussolini oder Bismarck es seien.⁷⁹

Da Münchhausen zwar jüdische Freunde hatte und deren Leistungen bis zu einem bestimmten Grad anerkannte, jedoch stets auf einer „Rassereinheit“ bestand, versuchte er auch im Bereich der Rassenpolitik Einfluss zu nehmen. So schrieb er 1936 an Arthur Gütt und schlug dem Eugeniker und Zuständigen für Rassefragen des Regimes vor, ob die Regierung den Juden nicht verbieten könne, deutsche Namen zu tragen. „Eine solche Maßnahme [würde] in Zukunft das Erkennen von Juden leichter machen [...], und damit wäre zweifellos viel geholfen. Anstelle der deutschen Namen würde den Herren das ganze Alte Testament zur Verfügung stehen[...]“⁸⁰. Zwar nahmen die Nationalsozialisten diesen Vorschlag nicht auf, allerdings traf Münchhausen hiermit den Kern der „Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung

⁷³ Ebd., S. 121f.

⁷⁴ Ebd., S. 123.

⁷⁵ Gemeint ist: Emil Ludwig, *Wilhelm der Zweite*, Berlin 1926.

⁷⁶ Münchhausen, *Vom Sterbebett*, S. 123.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Ebd., S. 124f.

⁷⁹ Ebd., S. 124.

⁸⁰ Börries von Münchhausen an Arthur Gütt (25. September 1936), in: BAArch, R 1501, Nr. 27401, Blatt 152, zitiert nach: Ditfurth, *Der Baron*, S. 279.

von Familiennamen und Vornamen“ vom 17. August 1938, nach welcher jüdische Deutsche die Vornamen „Sara“ bzw. „Israel“ tragen mussten.⁸¹

In seinen schriftstellerischen Veröffentlichungen ist die Bemühung Münchhausens zu sehen, sich auch im Nationalsozialismus sein Publikum zu erhalten. Während er in seiner „Fröhlichen Woche mit Freunden“ von 1922 – wie oben beschrieben – Anekdoten einfließen ließ, die ihn und sein Elternhaus als außerordentlich freidenkend und judenfreundlich präsentieren, sind diese Episoden spätestens mit der Ausgabe von 1941 gestrichen und durch zurückblickende Selbstkritik ersetzt worden. Münchhausen beschreibt seine Herkunft als „glaubensstreng“ und von „geistige[r] Enge“ geprägt, wo „zumeist Kunst und Schrifttum fremd war“.⁸² Er wolle seine Kinder- und Jugendjahre nicht verleugnen, aber „meine politischen und religiösen Überzeugungen, meine Ansichten über Kunst und Schrifttum, über Judentum, über Volkswirtschaft und über unzählige andere Dinge haben sich im organischen Ablauf der Entwicklung gewandelt.“⁸³ So habe er „wie sehr viele der besten Männer jener Zeit, im Zionismus die einzige damalige Möglichkeit gesehen, Europa von den Juden zu befreien, und bin später durch die Erfahrung eines Besseren belehrt worden“. Um diese Meinung zu unterstreichen führt er in einer Fußnote seine vergangenen Veröffentlichungen auf, die seine „grundsätzliche Ablehnung des Judentums“ widerspiegeln.⁸⁴

Die Änderungen an diesem Werk sowie der Streichung verschiedener Balladen aus seinem Repertoire sind durch Angriffe gegen ihn aus der deutschen Presse zu erklären. Münchhausen hatte zuvor in der Zeitschrift „Deutsche Zukunft“ beanstandet, dass in der neuen Ausgabe des „Echtermeyer“ von 1937, eine 1836 von Theodor Echtermeyer zusammengestellte Sammlung deutscher Gedichte, mehr als die Hälfte der Dichter gestrichen und neue hinzugefügt worden waren.⁸⁵ Da darunter vor allem jüdische Schriftsteller waren, rief der Artikel Münchhausens eine Welle von Kritik in der NS-Presse gegen ihn hervor.⁸⁶ Auch das Werk „Juda“ wurde öffentlich angegriffen: Die Zeitschrift „Am Heiligen Quell Deutscher Kraft“ – herausgegeben von Mathilde Ludendorff, der Ehefrau Erich Ludendorffs – bezeichnete Münchhausen im September 1937 als „große[n] Freund der Juden“⁸⁷, da sein „Juda“ voller jüdischer Symbole und Zeichnungen sei.

⁸¹ Paragraph 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17. August 1938, in: Reichsgesetzblatt 1938, Teil 1, S. 1044.

⁸² Börries von Münchhausen, Fröhliche Woche mit Freunden, Stuttgart 1941, S. 78.

⁸³ Ebd., S. 79.

⁸⁴ Ebd., S. 80, FN 1. Gemeint sind die hier ebenfalls behandelten Aufsätze „Die Lösung der Judenfrage“ (1907) oder „Sterbebett der deutschen Seele“ (1926).

⁸⁵ Vgl. Börries von Münchhausen, Der neue Echtermeyer, Deutsche Zukunft (21. Februar 1937), in: Mittenzwei, Untergang einer Akademie, S. 374.

⁸⁶ Vgl. Mittenzwei, Untergang einer Akademie, S. 374f. Mittenzwei führt hier Artikel aus „Völkischer Beobachter“, „NS-Landpost“, „Der Arbeitsmann“ und „Der S.A.-Mann“ an.

⁸⁷ Eine Verherrlichung der Juden, in: Am Heiligen Quell Deutscher Kraft (5. September 1937), S. 452.

Welche speziellen Gründe die Universität Göttingen zu der Ernennung zum Ehrenbürger motivierten, konnte nicht geklärt werden, da die durchsuchten Aktenbestände keine Korrespondenzen in Bezug auf Münchhausens Auszeichnung enthalten. Auf der Ehrenbürgerkunde, die Münchhausen zu Ehren seines 70. Geburtstages am 20. März 1944 erhalten hat, ist zu lesen:

„Die Georg-August-Universität zu Göttingen ernennt aus dem Wunsche zu dauernder Verbundenheit Dr. iur., Dr. phil. h. c. Börries Freiherr von Münchhausen geboren am 20. März 1874 in Hildesheim zu ihrem Ehrenbürger[.] Sie ehrt in ihm den deutschen Dichter, der mit der Macht des Wortes in die Tiefe des Lebens dringt und in seinen Balladen eine altheimische Art dichterischen Gestaltens erneuert hat. Sie ehrt in ihm den deutschen Mann, der durch den Klang zuchtvollen Sprechens ritterliche Gesinnung zu wecken weiß. Sie ehrt in ihm den treuen Freund der Göttinger Universität, dessen Göttinger Musen Almanache unvergessen bleiben und dessen niedersächsisches Geschlecht mit der Gründung der Göttinger Universität geschichtlich verbunden ist.“

Hiroshi Oshima (1886-1975)

Am 15. Juni 1941 erhielt General Hiroshi Oshima⁸⁸ die Ehrenbürgerwürde der Göttinger Universität. Das Mitglied der Kaiserlich Japanischen Armee und Sohn des Japanischen Kriegsministers Ken-ichi Oshima war zum ersten Mal 1921 als Mitarbeiter eines japanischen Militärattachés in Berlin. Ab 1934 hatte er selbst diesen Posten inne und war von 1938 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges – mit einer Pause zwischen Herbst 1939 und Dezember 1940 – Japanischer Botschafter in Deutschland. Wenige Tage nach dem Angriff Japans auf Pearl Harbor im Dezember 1941 erhielt Oshima den „Verdienstorden vom Deutschen Adler in Gold“ als Anerkennung für seine Mithilfe bei der deutsch-japanischen Zusammenarbeit. Oshima pflegte engen Kontakt zu den nationalsozialistischen Führungskräften und galt bei ihnen als Unterstützer Deutschlands. Neben Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop stand Oshima auch mit Adolf Hitler in direktem Kontakt.⁸⁹ Der japanische Botschafter genoss deren Vertrauen und wurde als Vertreter des Bündnispartners Japan während der Kriegsjahre mehrfach zu Unterredungen in das Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ oder auf den „Berghof“ geladen, wo Gespräche über die aktuelle Kriegslage sowie die jeweiligen Pläne stattfanden.⁹⁰ Da es den Alliierten gelang, die Funkkom-

⁸⁸ Carl Boyd, *The Extraordinary Envoy. General Hiroshi Oshima and Diplomacy in the Third Reich 1934-1939*, Washington, D. C. 1980; Ders., *Hitler's Japanese Confidant. General Oshima Hiroshi and MAGIC Intelligence 1941-1945*, Lawrence, KS 1993.

⁸⁹ Vgl. Boyd, *Hitler's Japanese Confidant*.

⁹⁰ Vgl. Andreas Hillgruber (Hrsg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler, Teil II: Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1942-1944*, Frankfurt am Main 1970, z.B. S. 28f, 32-43, 345-348, 454-460, 541-551.

munikation zwischen Botschafter Oshima und Japan abzuhören, erhielten sie viele Einblicke in die deutschen Kriegspläne.

Persönliche Verbindungen zur Göttinger Universität konnten nicht gefunden werden. Angeregt wurde die Ernennung Oshimas zum Ehrenbürger der Georgia Augusta durch den Wunsch des Gauleiters Südhannover-Braunschweigs Hartmann Lauterbacher⁹¹, den der Gaudozentenbundführer Arthur Schürmann⁹² an den Universitätsrektor Hans Plischke⁹³ herantrug.⁹⁴ In einem Schreiben vom 8. Juni 1941 verstärkte der Gauleiter seinen Wunsch indirekt in einer Einladung an Rektor Plischke zur Gründungsfeier einer Zweigstelle der Deutsch-Japanischen Gesellschaft in Hannover am 15. Juni desselben Jahres: Die Ernennung Oshimas sieht Lauterbacher vor allem in Bezug auf die „Freundschaft deutscher und japanischer Kreise [...] [aus der] sich die offizielle Zusammenarbeit zwischen Grossdeutschland und Japan ergeben [hat].“ Da allerdings über die Partei der kulturelle Informationsaustausch nicht ohne weiteres geschaffen werden könne, sei „das Studium Japans und die Verankerung der japanischen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Thesen im deutschen Volke im wesentlichen nur durch Vorträge, kulturelle Veranstaltungen, usw. durchführbar.“ Aus diesem Grund stehe nun – nach Berlin, München, Ham-

⁹¹ Lauterbacher (1909-1988) war Gründer der ersten HJ-Ortsgruppe Österreichs in Kufstein, gehörte ab 1927 der NSDAP an, übernahm 1930 die Gauführung der HJ Südhannover-Braunschweig, war ab August 1940 stellvertretender Gauleiter in Wien und ab Dezember Gauleiter in Südhannover-Braunschweig sowie ab 1941 Oberpräsident der Provinz Hannover und ab 1944 SS-Obergruppenführer. 1948 gelang ihm die Flucht aus dem Internierungslager Sandbostel, er wurde aber 1950 wegen Fluchthilfe in Rom gefangengenommen und floh dann noch im selben Jahr nach Argentinien. Ab den 1960er Jahren arbeitet er als Berater der Staaten Ghana, Oman und Marokko. Siehe Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war vor und nach 1945, 3. Aufl., Frankfurt am Main 2011, S. 359.

⁹² Arthur Schürmann (1903-1985) war seit 1933 Mitglied der NSDAP sowie der SS, bekleidete ab 1935 das Amt des Gaudozentenbundführers in Südhannover-Braunschweig und beteiligte sich im Sommer 1943 an Umsiedlungsaktionen in den besetzten Gebieten der UdSSR. Er war ab 1934 an der Universität Göttingen als Agrarpolitiker in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen als auch ab 1936 in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät angesiedelt und gründete zudem 1937 das Institut für koloniale Landwirtschaft in Göttingen. Durch seine verschiedenen Positionen im NSDDB sowie den zwei Fakultäten hatte er in der Göttinger Universität mehrfache Einflussmöglichkeiten, die er nicht nur bei der universitären Personalpolitik, sondern auch für die Ausstellung von Ehrendoktoraten nutzte (vgl. Oliver Edwin Baker und Paul Borgedal). In den 1940er Jahren geriet seine Universitätspolitik jedoch immer mehr in die Kritik und so wurde er nach Bestrebungen u.a. Rektor Plischkes und des Universitätsdozentenbundführers Drexler 1944 mit Hilfe des Vorwurfs eines Plagiats seines Amtes als Professor enthoben. Siehe Klee, Das Personenlexikon, S. 562f. und Heinrich Becker, Von der Nahrungssicherung zu Kolonialträumen. Die landwirtschaftlichen Institute im Dritten Reich, in: Ders., Hans-Joachim Dahms, Cornelia Wegeler (Hrsg.), Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus, 2. Auflage München 1998, S. 630-656, bes. S. 643-648.

⁹³ Hans Plischke (1890-1972) war seit 1933 Mitglied der NSDAP und zudem Leiter des Wissenschaftlichen Amtes der NS-Dozentschaft an der Georg-August-Universität. Er war im NS-Lehrer- und Dozentenbund, Förderndes Mitglied der SS und unterzeichnete das „Bekennnis der Professoren an den deutschen Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“. Der Völkerkundler Plischke hatte ab 1934 einen Lehrstuhl in Göttingen, war Dekan der Philosophischen Fakultät und von 1941 bis 1943 Rektor der Universität. Nach 1945 konnte er seinen Lehrstuhl behalten und war weiterhin der Direktor des Instituts für Völkerkunde. Vgl. Klee, Das Personenlexikon, S. 465.

⁹⁴ Schreiben Plischkes an Lauterbacher vom 6. Juni 1941, in dem Ersterer diesen Vorgang erwähnt.

burg, Köln – auch die Gründung einer Zweigstelle der Deutsch-Japanischen Gesellschaft an, die in anderen Städten „bereits eine rege Tätigkeit und vor allen Dingen viele erfreuliche Erfolge zu verzeichnen“ habe. Deutlicher formuliert Rektor Plischke die Begründung für Oshimas Ehrung in der Anfrage vom 14. Juni 1941⁹⁵ an das Reichministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, ob die Universität Oshima zum Ehrenbürger ernennen dürfe: Die Bedeutung der japanisch-deutschen Beziehungen für die Georgia Augusta und ihre besondere wissenschaftliche Stellung diesbezüglich zeige sich daran, dass hier „ein ostasiatisches Seminar aufgebaut werden konnte, das eine in der Tat grosse, in der Abrundung fast einzigartige Bücherei besitzt.“ General Oshima sei für die Ehrenbürgerschaft deshalb besonders geeignet, da er „sich schon frühzeitig mit der deutschen Sprache vertraut gemacht und mit der Kultur des deutschen Volkes beschäftigt“ habe. Während seiner Zeit als japanischer Botschafter in Berlin „hat er sich grosse Verdienste erworben um die Ausgestaltung der deutsch-japanischen Beziehungen.“ Außerdem habe Oshima „maßgebenden Einfluss [...] auf den Abschluss des Deutsch-Japanischen Kulturabkommens [...] sowie auf den Abschluss des weltpolitisch bedeutsamen Dreimächtepaktes“ genommen. Hieraus lässt sich schließen, dass die Universität Göttingen General Hiroshi Oshima nicht aus einer persönlichen oder rein wissenschaftlichen Beziehung heraus ernannt hat, sondern aus kulturell-politischen Gründen. Die Würdigung des Japaners wurde deutschlandweit bekannt, da in der „Deutschen Wochenschau“ ein Beitrag über die Feier und die Überreichung der Ehrenurkunde gezeigt wurde.⁹⁶

Der Text auf der Ehrenbürgerurkunde Hiroshi Oshimas lautet:

„Die Georg-August-Universität zu Göttingen ernennt aus dem Wunsche zu dauernder und lebendiger Verbundenheit den Kaiserlich Japanischen Botschafter General Hiroshi Oshima zu ihrem Ehrenbürger. Sie ehrt in ihm einen angesehenen Soldaten und Diplomaten seiner japanischen Heimat, einen verständnisvollen Freund des Deutschen Volkes, einen guten Kenner der deutschen Kultur, einen zielbewußten Förderer der deutsch-japanischen Zusammenarbeit und einen Staatsmann, der für die Rechte und Notwendigkeiten des deutschen Landes eintritt.“

Zum Wintersemester 1948/49 veröffentlichte die Universität Göttingen im Personenverzeichnis eine Liste ihrer noch lebenden Ehrenbürger, auf der Hiroshi Oshima, der noch bis 1975

⁹⁵ Dieser Brief wurde zwar nur einen Tag vor der eigentlichen Ernennung verschickt, allerdings findet sich am Ende folgender Vermerk: „Die Genehmigung zur Ernennung des Kaiserlich Japanischen Botschafters General Oshima zum Ehrenbürger wurde bereits fernmündlich erteilt.“

⁹⁶ Vgl. Die Deutsche Wochenschau, Nr. 564, 25. Juni 1941, ab 00:02:30: <http://archive.org/details/1941-06-25-Die-Deutsche-Wochenschau-564> (zuletzt eingesehen am 26. August 2014).

lebte, jedoch nicht zu finden ist.⁹⁷ Auch bei der Einladung des Rektors zu der Verleihung der neu eingeführten Ehrenbürgerplakette im Jahr 1959 wird er nicht aufgeführt.⁹⁸ Dies lässt die Vermutung zu, dass vor dem Wintersemester 1948/49 eine Entscheidung darüber gefallen ist, Hiroshi Oshima nicht mehr als Ehrenbürger der Universität anzuerkennen; eine öffentliche und vor allem offizielle Distanzierung hat jedoch nicht stattgefunden. Eine Begründung ist darin zu sehen, dass Oshima durch den Internationalen Militärgerichtshof für den Fernen Osten zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, die er bis zu seiner Entlassung im Jahr 1955 verbüßte. Im Rahmen des Prozesses wurde herausgearbeitet, dass Oshima sich bereits als Militärattaché und besonders als japanischer Botschafter in Berlin für eine Allianz zwischen Deutschland und Japan einsetzte, sogar über die Anordnungen des japanischen Außenministers hinaus.⁹⁹ Oshima arbeitete eng mit dem deutschen Diplomaten und ab 1938 als Reichsaußenminister tätigen Joachim von Ribbentrop zusammen; gemeinsam formulierten sie beispielsweise maßgeblich den Antikominternpakt, der 1936 zwischen Deutschland und Japan geschlossen wurde.¹⁰⁰ Seine von 1933 bis 1945 anhaltende enge Kooperation mit politisch hochrangigen Vertretern des nationalsozialistischen Regimes zeigt die allgemeine Zustimmung und Unterstützung der nationalsozialistischen (Außen-)Politik.

Heinrich Sohnrey (1859-1948)

(Siehe dazu den gesondert erstatteten Bericht www.uni-goettingen.de/de/gutachten-zu-heinrich-sohnrey-ehrenb%C3%BCrger-1934-der-universit%C3%A4t/444386.html)

⁹⁷ Georg-August-Universität Göttingen, Vorlesungs- und Personalverzeichnis. Wintersemester 1948/49, Göttingen 1948, S. 38.

⁹⁸ Rektor Otto Weber schickte am 17. Juli 1958 eine Einladung an noch lebende Ehrenbürger, um diese Plakette am 15. November 1958 bei einer offiziellen Verleihung in Empfang zu nehmen.

⁹⁹ Vgl. The Tokyo Major War Crimes Trial. The Judgement, Separate Opinions, Proceedings in Chambers, Appeals and Reviews of the International Military Tribunal for the Far East, hrsg. Von R. John Pritchard, Lewiston, N.Y. 1998, S. 49823.

¹⁰⁰ Ebd., S. 48742-48744 und 48772-48779.

Heinrich Stalling¹⁰¹ (1865-1941)

Der Geheime Kommerzienrat und Verlagsbesitzer Heinrich Stalling erhielt am 19. Juni 1935 den Titel eines Ehrenbürgers der Universität Göttingen. Laut Eugen Roth, dem Autor einer Schrift zum 150-jährigen Verlagsjubiläum, habe auf der Ehrenbürgerurkunde der Georgia Augusta gestanden, dass Stalling diesen Titel bekam, weil er „das deutsche Fronterlebnis des Weltkrieges zur epischen Wirkung gebracht und unermüdlich für die Stärkung deutschen Sinnes gearbeitet hat.“¹⁰² Stalling war seit 1896 – bis 1934 zusammen mit seinem Bruder Paul (1861-1944) – Besitzer des von seinem Urgroßvater 1789 in Oldenburg gegründeten Verlags- und Druckhauses Gerhard Stalling, das 1923 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, von welcher die beiden Brüder alleinige Teilhaber waren.¹⁰³

Heinrich Stalling begann seine Karriere in einer Dresdner Buchhandlung für Militärwissenschaft, um dann im Jahr 1894 in die Verlagsfirma seines Vaters einzutreten, der zwei Jahre darauf starb. Geprägt durch den militärwissenschaftlichen Fokus seiner Ausbildung in Dresden gründete er das „Deutsche Offiziersblatt“ (Wochenzeitschrift) und publizierte nach dem Ersten Weltkrieg für das Reichsarchiv Potsdam die Schriftenreihe „Schlachten des Weltkrieges“. Dem Verlag gelang es damit, sich in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in wissenschaftlichen Kreisen zu etablieren. Der militärische Schwerpunkt des Verlags erhielt dann eine dezidiert rechtsnationalistische Aufladung, wofür z. B. das von Werner Beumelburg¹⁰⁴ verfasste Werk „Sperrfeuer um Deutschland“ (1929) steht. Beumelburg schrieb die Idee für seinen Roman Heinrich Stalling zu, der zudem viel an der Gestaltung mitgewirkt habe.¹⁰⁵ Auch die ähnlich ausgewiesenen Autoren Richard Euringer¹⁰⁶, Franz Schauwecker¹⁰⁷ und Will Vesper¹⁰⁸ veröffentlichten

¹⁰¹ Informationen über Heinrich Stalling sind hauptsächlich zu finden in der Schrift: Ein deutscher Verleger: Zum 70. Geburtstag d. Geh. Kommerzienrats Dr. med. h.c. Heinrich Stalling. 5. Juli 1935, Oldenburg 1935.

¹⁰² Eugen Roth, Einhundertfünfzig Jahre Verlag Gerhard Stalling. 1789 - 1939; zum Gedenktage des 150-jährigen Bestehens am 23. Oktober 1939, Oldenburg 1939, S. 203.

¹⁰³ Vgl. Industrie- und Handelskammer Oldenburg: Gründungen von Aktiengesellschaften, in: Niedersächsisches Landesarchiv (NLa) Oldenburg, Best. 265 Nr. 1182.

¹⁰⁴ Beumelburg war Autor von Kriegsbüchern und Propagandist der Nazis, ohne dabei jedoch Mitglied der NSDAP zu sein. Er gehörte im Mai 1933 zu denjenigen, die in die „gesäuberte“ Preußische Akademie der Künste berufen wurden. Im Zweiten Weltkrieg diente er als Hauptmann der Luftwaffe und führte für Hermann Göring das Kriegstagebuch. Diese und weitere Informationen in: Klee, Das Kulturlexikon, S. 50.

¹⁰⁵ Werner Beumelburg, Der deutsche Verleger, in: Ein deutscher Verleger, S. 11-16, hier S. 12.

¹⁰⁶ Richard Euringer trat schon in den 1920er Jahren der NSDAP, war Autor im NSDAP-Zentralorgan „Völkischer Beobachter“ und gehörte zu den „88 deutschen Schriftstellern“, die das Treuegelöbnis für Adolf Hitler unterschrieben haben. Siehe hierzu: Klee, Das Kulturlexikon, S. 143.

¹⁰⁷ Franz Schauwecker war Leutnant im Ersten Weltkrieg und „Autor aggressiv nationaler Werke“, die auch schon vor 1933 von nationalsozialistischen Zeitgenossen wie Joseph Goebbels und später von der Dienststelle Alfred Rosenbergs positiv bewertet und empfohlen wurden. Auch Schauwecker unterzeichnete als einer der „88 deutschen Schriftsteller“ das Treuegelöbnis für Adolf Hitler. Siehe hierzu ebd., S. 516f.

vor 1933 bei Stalling, ebenso wie Ernst Krieck¹⁰⁹, einer der beiden Hauptrepräsentanten nationalsozialistischer Pädagogik.¹¹⁰ Mit Joseph Goebbels, der 1933 gleich zwei Werke¹¹¹ – im wesentlichen Sammlungen von Reden – bei Stalling veröffentlichte, Reichsinnenminister Wilhelm Frick¹¹² und Goebbels Mitarbeiter Eugen Hadamovsky, dessen „Propaganda und nationale Macht“ im April 1933 erschien, war auch der engste nationalsozialistische Führungskreis unter den Stalling-Autoren vertreten. Der Verlag war somit wichtig für die „intellektuelle Verklammerung“ der Ideenwelten der „Konservativen Revolution“ und des Nationalsozialismus.¹¹³ Mit diesen bereits in den späten Jahren der Weimarer Republik geknüpften Kontakten konnte im Verlag schon 1933 in tausendfacher Auflage eine „Illustrierte Geschichte der NSDAP und der SA“ mit dem Titel „Von sieben Mann zum Volk“ erscheinen. Im Jahr 1940 erschien „Wir marschieren für das Reich. Deutsche Jugend im Kampferlebnis des polnischen Feldzugs“ (Werner Flack). Auch die NSDAP-Gauleitung Weser-Ems platzierte Publikationen im Verlag, wenn auch erst ein paar Monate nach dem Tod Stallings.¹¹⁴

Auch wenn Heinrich Stalling während der NS-Zeit bereits um die 70 Jahre alt war, griff er weiterhin in das Verlagsgeschehen ein. So nahm er als Vorstandsmitglied und Mitbesitzer des Verlags- und Druckhauses an den jährlich stattfindenden, notariell festgehaltenen Generalver-

¹⁰⁸ Will Vesper war seit 1931 Mitglied der NSDAP und gehörte ab Mai 1933 der Deutschen Akademie der Dichtung der „gesäuberten“ Preußischen Akademie der Künste an. Außerdem war er Vorstandsmitglied des Reichverbands Deutscher Schriftsteller und unterzeichnete das „Treuegelöbnis der 88 deutschen Schriftsteller“. Vesper verfasste Hymnen auf Hitler und rassistische und antisemitische Schriften, die er in der Zeitschrift „Die Neue Literatur“ veröffentlichte, deren Schriftleiter er war. Siehe ebd., S. 630.

¹⁰⁹ Ernst Krieck – Professor für Pädagogik in Frankfurt und Heidelberg – war seit 1932 Mitglied der NSDAP sowie des NS-Lehrerbundes, warb in diesem Jahr öffentlich für die NSDAP und war zwischen 1934 und 1938 Mitglied der SS. Nach 1945 war er zwei Jahre lang in Internierungslagern bevor er im März 1947 starb. Siehe Michael Grüttner, Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004, S. 99.

¹¹⁰ Vgl. die Liste der im Stalling-Verlag zwischen 1919 und 1939 erschienenen Werke, in: Roth, Verlag Gerhard Stalling, S.69-113.

¹¹¹ Es handelt sich hierbei um folgende Veröffentlichungen: Joseph Goebbels, "Goebbels spricht". Reden aus Kampf und Sieg (=Schriften an die Nation, Bd. 45/46), Oldenburg 1933 und Joseph Goebbels, Revolution der Deutschen. 14 Jahre Nationalsozialismus. Goebbelsreden, Oldenburg 1933.

¹¹² Reichsinnenminister Frick veröffentlichte im Stalling-Verlag verschiedene Reden von 1933/34 in einem Sammelwerk: Wir bauen das Dritte Reich (=Schriften an die Nation, Bd 65/66), Berlin 1934.

¹¹³ Volker Weiß, Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn 2012, 261f., das Zitat S. 262.

¹¹⁴ Vgl. Wilhelm Fanderl, Von sieben Mann zum Volk. Illustrierte Geschichte der NSDAP und SA, Oldenburg 1933. Für die Publikationen der Gauleitung noch in den letzten Kriegsjahren siehe: Oldenburg. Gauhauptstadt im Gau Weser-Ems. Gauleiter und Reichsstatthalter Paul Wegener gewidmet, Oldenburg 1943; Hauptstelle Kultur Gaupropagandaleitung Weser-Ems der NSDAP (Hg.), Die Guldenkammer: Beiträge und Bilder zu den Gaukulturtagen Weser-Ems, 7. bis 14. Mai 1944, Oldenburg 1944.

sammlungen der Gerhard Stalling AG teil.¹¹⁵ Noch im Jahr 1939 schuf er eine Stiftung als Rechtsgrundlage für die Krankheits- und Altersversorgung der Betriebsmitarbeiter und hatte bis zu seinem Tod offiziell die Leitung des Verlagshauses inne.¹¹⁶ Sein Nachfolger war bis 1945 der vormalige Leiter der Berliner Stalling-Filiale Hans Zehrer¹¹⁷; nach einer dreijährigen Publikations-sperre erhielt 1948 der Enkel Heinrich Stallings, Borwin Venzky-Stalling, die Verlagslizenz.¹¹⁸

Auf der offiziellen Feier zum 150-jährigen Betriebsjubiläum am 23. Oktober 1939 hielt Heinrich Stalling eine Festrede, in der er als bedeutende Kraft für einen Verlag die „völkische Gemeinschaft, an die wir gebunden sind und für die wir arbeiten“, nennt.¹¹⁹ Auch die direkte Zusammenarbeit des Verlages mit den Nationalsozialisten betont er:

„Wir haben auch an jener Erneuerung des deutschen Volkes, die in der Gestalt unseres Führers ihre Verkörperung fand, tätig mitgearbeitet. Lange bevor diese Erneuerung endlich Wirklichkeit wurde, hat der Verlag, oft unter den größten Opfern, in seinem militärischen Schrifttum den Wehrgeist des deutschen Volkes wachgehalten.“¹²⁰

Im Ton der NS-Kriegspropaganda geht er darauf ein, dass in diesem Jubiläumsjahr „unsere eigenen Mitarbeiter – Väter, Söhne, Brüder, Männer und Freunde“ an der Front stünden, „um einer Welt, die es immer noch nicht begriffen hat, zu beweisen, daß Deutschland unüberwindlich ist.“¹²¹ Mit seinem Schlusswort beendete Heinrich Stalling die Festreden:

„Dieses durch seinen Führer Adolf Hitler an Leib und Gliedern erneuerte Großdeutsche Reich ist zur Erfüllung alles dessen geworden, was sich die besten Deutschen erhofft und erträumt hatten, und ich bin glücklich, nachdem ich diesen Weg unseres Volkes 75 Jahre lang gegangen bin, dieses Reich und seinen Sieg und seine Blüte noch miterleben zu können. So

¹¹⁵ Die Protokolle dieser Sitzungen finden sich im Oldenburger Archiv im Bestand des Oldenburger Amtsgerichtes: NLa Oldenburg, Rep. 950 OL Akz. 262, versch. Nummern.

¹¹⁶ Siehe Storkebaum, 175 Jahre, S. 27f.

¹¹⁷ Hans Zehrer (1899-1966) arbeitete als Journalist u.a. ab 1923 bei der „Vossischen Zeitung“ sowie bei „Die Tat“ (ab 1929), bei der er zudem Herausgeber war. Diese Position musste er jedoch auf Druck der Nationalsozialisten aufgeben, die seine Zeitschrift übernahmen. Ab 1933 war er als Schriftsteller tätig bis er 1939 als Verleger in die Berliner Filiale des Stalling-Verlagshauses einsteigen konnte. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Zehrer am Aufbau der Zeitung „Die Welt“ beteiligt, deren Chefredakteur er 1946 sowie noch einmal 1966 unter Axel Springer war. Als ausführliche Biographie zu Zehrer: Ebbo Demant, Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als politischer Publizist, Mainz 1971.

¹¹⁸ Siehe ebd., S. 30.

¹¹⁹ Abgedruckt in Der Stallingbote (Werkzeitung) 1 (Dezember 1939), H. 3, S. 24-28, hier S. 24f, in: NLa Oldenburg, Best. 273-41, Nr. 148.

¹²⁰ Ebd., S. 27.

¹²¹ Ebd., S. 26.

kann ich meine heutige Ansprache nicht besser beschließen, als indem ich Sie bitte, mit einzustimmen in den Ruf: Das Großdeutsche Reich und sein Führer Adolf Hitler ‚Sieg Heil!‘“¹²²

Diese Rede Stallings, das darauf folgende Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied sowie die Fotos¹²³ der Veranstaltung, auf denen viele Gäste in Uniform, eine Hakenkreuzfahne sowie ein Bild Adolf Hitlers hinter dem Rednerpult zu sehen sind, verweisen deutlich auf den nationalsozialistischen Charakter der Jubiläumsfeier.

Sowohl in der Festschrift zum 150-jährigen als auch zum 175-jährigen Jubiläum des Verlags-hauses berichten die Autoren, dass Heinrich Stalling immer mehr die Führung des Familienunternehmens übernahm und „in rüstiger Schaffenskraft“ das Gesamtunternehmen leitete.¹²⁴ In den Unterlagen der Gerhard Stalling AG ist zu finden, dass Paul Stalling 1934 zunächst aus dem Betriebsvorstand, dem er bis zu diesem Zeitpunkt gemeinsam mit seinem Bruder Heinrich angehörte, in den Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft wechselte und sich dann 1936 auch aus diesem zurückzog.¹²⁵ In einem Gutachten¹²⁶ über die Gerhard Stalling AG vom 18. November 1946 kommt der Chief Property Control Referent für das Land Oldenburg (unterschrieben mit „Jacob“) zu dem Schluss, dass Heinrich Stalling „solely responsible for the nacist[ic] and militaristic publishing objects“ gewesen sei, während sein Bruder Paul, der laut Jacob auch als Antifaschist bezeichnet werden könne, diesen ablehnend gegenüber stand. Aus diesem Grund habe der Oldenburger Gauleiter Carl Röver Paul Stalling gezwungen, das Familienunternehmen 1936 zu verlassen. In einer Handakte Harald Kochs, erst Ministerialdirektor für Finanzen in Oldenburg und ab 1946 Wirtschafts- und Finanzminister des damaligen Landes Oldenburg, findet sich ein weiteres Gutachten, das den Beobachtungen und der Beurteilung Jacobs ähnelt. Jenem zufolge sei der Stalling-Verlag „zum mindesten seit 1939 als ausgesprochener Naziverlag [...] weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt und infolge der politischen Entwicklungen berüchtigt“, weshalb „der Name der Firma geradezu ein rotes Tuch“ für die Alliierten sei und somit neben Unternehmen der Schwerindustrie „in der Reihe der intellektuellen und materiellen Urheber des Krieges, d.h. also in der Reihe der Kriegsverbrecher“ rangiere.¹²⁷ Bezüglich des Ver-

¹²² Ebd., S. 29.

¹²³ Vgl. die gesamte Ausgabe der Werkzeugzeitung: ebd.

¹²⁴ Siehe Roth, *Einhundertfünfzig Jahre Verlag Gerhard Stalling*, S. 196 und *Storkebaum*, 175 Jahre, S. 27.

¹²⁵ Beglaubigte Abschrift aus dem Handelsregister (vom 23. Juli 1936), Eintrag Nr. 28: „Paul Stalling ist aus dem Vorstand ausgeschieden“ (25. Januar 1934), in: NLa Oldenburg, Erw. 114, Akz. 336, Nr. 16. Eine Meldung aus dem Bestand der Firma Stalling verkündet das Ausscheiden Paul Stallings auch aus dem Aufsichtsrat, in: NLa Oldenburg, Best. 273-41 Nr. 154. (Hier ist kein Datum angegeben, da jedoch gleichzeitig Walther Beumelburg als Vorstandsmitglied vorgestellt wird, muss diese Mitteilung Ende des Jahres 1936 veröffentlicht worden sein.)

¹²⁶ Siehe Jacob an die HQ Mil. Gov. Land Oldenburg vom 18. November 1946, in: NLa Oldenburg, Rep. 400, Best. 138, Nr. 667.

¹²⁷ Niederschrift betreffend die wirtschaftliche Zukunft der Stalling A.G. in Oldenburg i/O., Handakte Harald Koch, in: NLa Oldenburg, Best. 270-52 Nr. 14, S. 3.

hältnisses zwischen den beiden Stalling-Brüdern bestätigt dieses Gutachten die „sich über Jahre hinziehenden Zerwürfnisse zwischen den Brüdern“. Diese hatten sich bis hin zu einer zivilrechtlichen Klage Pauls gegen Heinrich Stalling, deren genaue Hintergründe nicht bekannt sind, entwickelt, das letzterer jedoch mit Hilfe des Gauleiters Röver, „der Paul Stalling mit dem KZ bedrohte, falls er den Prozess weiterverfolge“, abwehren konnte.¹²⁸ Als Bestätigung für diese Streitigkeiten ist das Testament Paul Stallings von 1941 zu sehen, in welchem er eine zu gründende Stiftung – die Paul-Stalling-Stiftung – für die Unterstützung von bedürftigen Angestellten und Arbeitern der Firma Gerhard Stalling AG als Alleinerbin seines Vermögens nennt. Vorab ordnet er an,

„dass weder Dr. h.c. Heinrich Stalling, noch jemand von seiner Familie an dem Akte meiner Testamentseröffnung teilnehmen soll. Das Testament geht diese Personen nichts an. Meinen Erben und Testamentsvollstreckern mache ich auch zu Pflicht, ihnen von dem Inhalt nichts mitzuteilen.“

Ton und Inhalt des Testaments zeigen deutlich die Zerwürfnisse auf. Obwohl deren genauer Inhalt sowie vor allem des zivilrechtlichen Verfahrens nicht eindeutig zu klären sind, zeigen die beiden Gutachten aus der Handakte Harald Kochs sowie des Mitarbeiters der alliierten Militärregierung Jacob, dass Heinrich Stalling Beziehungen zu NS-Funktionären pflegte und sich die politischen Begebenheiten zunutze machte, indem Gauleiter Röver Paul Stalling mit dem KZ drohte.

Mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten im Januar 1933 änderte sich auch die Situation für den deutschen Buchhandel. Jüdische und politisch unliebsame Verlage wurden geschlossen oder „arisiert“; manche hatten die Gelegenheit zu emigrieren, um ihre Existenz zu sichern.¹²⁹ Andere stellten sich ganz in den Dienst der neuen Machthaber und veröffentlichten Parteischriften und durch nationalsozialistische Ideologie geprägte Werke. Die Verlage, die nicht geschlossen wurden, waren dennoch nicht vor Eingriffen des Regimes sicher: Berufsverbote wurden ebenso ausgesprochen wie die Genehmigung zur Veröffentlichung; auch die Papierzuweisung konnte verweigert werden.¹³⁰ Dass der Stalling Verlag sich dennoch halten konnte, ist u.a. auf die politisch einflussreichen Autoren in den frühen 1930er Jahren zurückzuführen. Außerdem entsprach der nationalistisch-militärische Schwerpunkt des Verlagshauses einer akzep-

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Siehe hier und im Folgenden eine Übersicht über verschiedene Schicksalsmöglichkeiten deutscher Verlage nach 1933 bei: Klaus G. Saur, Verlage im Nationalsozialismus, in: Ders. (Hrsg.), Verlage im „Dritten Reich“ (=Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderband 109), Frankfurt am Main 2013, S. 9-15.

¹³⁰ Siehe ebd., S. 8 und Reinhard Wittmann, Geschichte des deutschen Buchhandels, 2. Auflage, München 1999, S. 368. Nach Wittmann war eine lückenlose Vorzensur nicht immer möglich, allerdings haben sich nachträgliche Verbote als „ungleich wirkungsvoller“ erwiesen.

tierten Thematik, die zumindest nicht zu Kritik von Seiten der Nationalsozialisten geführt haben dürfte. Außerdem stütze sich der Verlag verstärkt auf externe Druckaufträge.¹³¹ Nach Jan-Pieter Barbian gehörte der Verlag Gerhard Stalling zu denjenigen Verlagen, die bereits in der Weimarer Republik deutsch-nationale Literatur veröffentlichten, nach 1933 ihr Programm ausbauten und gleichzeitig von der Neuformierung des deutschen Buchhandels durch die politischen Maßnahmen profitierten.¹³²

Doch nicht nur durch ihre bereits vor 1933 geprägte inhaltliche Ausrichtung gehörte das Stallingsche Verlagshaus zu den Profiteuren der nationalsozialistischen „Machtergreifung“. An einem Wiedergutmachungsverfahren zeigt sich, dass der Betrieb sich zudem die nationalsozialistische Verfolgung jüdischer Verlagsbesitzer zunutze machte. Die nach Südafrika emigrierte Jüdin Friederike Blogg klagte in den frühen 1950er Jahren den Stalling-Verlag an, sie bei der Übernahme der in ihrem Belog-Verlag herausgegebenen Kinderzeitschrift „Dideldum“ um abgesprochene Umsatzbeteiligungen zwischen 1933 und 1938 sowie mit einem zu geringen Kaufpreis im Jahr 1938 betrogen zu haben.¹³³ Frau Blogg habe sich gezwungen gesehen, die Verlagsrechte „in arische Hände zu übergeben“, da Otto Waffenschmied, der Redakteur der „Dideldum“, durch den Bund für Deutsche Kultur das Verbot erhalten hatte, bei einer jüdischen Verlagsbesitzerin zu veröffentlichen. Das Oldenburger Verlagshaus, das die Zeitschrift zuvor bereits gedruckt hatte, erhielt mit dem Vertrag vom 15. Juli 1933 die verlegerischen Rechte an der Kinderzeitschrift für eine monatliche Zahlung an Frau Blogg sowie einer Umsatzbeteiligung ab einer Auflage von 50.000 Exemplaren.¹³⁴ Letztere habe sie jedoch nie erhalten, obwohl sich die Auflage wesentlich erhöht habe. Ende des Jahres 1938 erhielt Blogg die Aufforderung zur Ausreise und sah sich gezwungen, die Verlagsrechte an der Zeitschrift nun endgültig an das Verlagshaus Stalling abzutreten¹³⁵ – laut Klägerin zu einem viel zu geringen Abfindungspreis von 18.000 RM. Bei einem Vergleich zwischen Friederike Blogg und der Gerhard Stalling AG vom 14. Oktober 1954 wurde beschlossen, dass letztere der Klägerin 2000 DM rückerstatten müsse.¹³⁶ Der vor

¹³¹ Siehe Gary D. Stark, *Entrepreneurs of Ideology. Neoconservative Publishers in Germany, 1890-1933*, Chapel Hill 1981, S. 232.

¹³² Siehe Jan-Pieter Barbian, *Literaturpolitik im NS-Staat. Von der „Gleichschaltung“ bis zum Ruin*, Frankfurt am Main 2010, S. 407f.

¹³³ Hier und im Folgenden siehe die Stellungnahme des Anwaltes W. Blumberg (United Restitution Office (Hannover)) an das Wiedergutmachungsamt (Landgericht Hamburg) am 28.8.1952, in: NLa Oldenburg, Rep. 942, Akz. 2009/060 Nr. 770.

¹³⁴ Siehe den Vertrag zwischen Friederike Blogg und der Gerhard Stalling AG (unterschrieben von Altenburg und Grüneberg) vom 15. Juli 1933, in: NLa Oldenburg, Rep. 942, Akz. 2009/060 Nr. 770.

¹³⁵ Siehe den Vertrag zwischen Friederike Blogg und der Gerhard Stalling AG (Unterschriften nicht zuzuordnen) vom 28. Dezember 1938 in: NLa Oldenburg, Rep. 942, Akz. 2009/060 Nr. 770.

¹³⁶ Siehe das Protokoll des Vergleichs bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Osnabrück vom 14. Oktober 1954 in: NLa Oldenburg, Rep. 942, Akz. 2009/060 Nr. 770.

der Wiedergutmachungskammer geschlossene Vergleich zeigt, dass das Verlagshaus unter der Leitung Heinrich Stallings die nationalsozialistischen Vergehen an den jüdischen Geschäftsinhabern durchaus für sich zu nutzen wusste. Zwar sind die Verträge von 1933 und 1938 nicht von Heinrich Stalling persönlich unterschrieben worden, allerdings ist davon auszugehen, dass er als Vorstandsmitglied durchaus hierüber informiert gewesen sein muss und die Ausnutzung der Notsituation Frau Bloggs mindestens geduldet hat.

Eine Verbindung zwischen Heinrich Stalling und Göttingen ergab sich aus dessen Freundschaft mit dem damaligen Oberbürgermeister Bruno Jung¹³⁷, der ab März 1940 sogar kurz für ihn arbeitete.¹³⁸ In der Schrift zum 70. Geburtstag des Verlegers lobt Jung das soziale Engagement Stallings auf dem Gebiet des Sanitäts- und später Blindenführerhundewesens, da er seit 1912 im Vorstand des „Deutschen Vereins für Sanitätshunde“ aktiv war – wo sich Jung ebenfalls engagierte –, und später die „Heinrich-Stalling-Stiftung“ gründete, um weiterhin finanzielle Unterstützung zu leisten. Zu seinem 70. Geburtstag erhielt Stalling Glückwunschschriften von Adolf Hitler, Joseph Goebbels und Wilhelm Frick. Außerdem wurde er für seine Verdienste als Verlagsbuchhändler mit der „Goethe Medaille für Wissenschaft und Kunst“ ausgezeichnet. Eine weitere Anerkennung erhielt der Verleger durch die Universität Freiburg, wo ihm der Titel eines Ehrendoktors der Medizin verliehen wurde. Außerdem ist festzuhalten, dass Stalling seit dem 1. Mai 1937 Mitglied in der NSDAP war.¹³⁹

Aus einem Briefwechsel zwischen Rektor Friedrich Neumann, Karl Brandi¹⁴⁰ und dem Göttinger Oberbürgermeister Jung ist herauszulesen, dass die Idee für die Ehrung Stallings als Eh-

¹³⁷ Bruno Jung (1886-1966) war von 1926 bis 1938 Oberbürgermeister in Göttingen. Er hatte an den Universitäten Leipzig und Münster Rechtswissenschaften studiert und 1909 in Erlangen promoviert, woraufhin er zunächst in Dortmund und bei der Provinzialverwaltung Westfalen im Sozial- und Fürsorgewesen tätig war. Seit Beginn seiner Tätigkeit in Göttingen lehrte Jung auch an der juristischen Fakultät der Georg-August-Universität und wurde 1932 zum Honorarprofessor ernannt. Trotz seiner Mitgliedschaft in der DVP konnte er nach der Machtübernahme seine Position halten. Erst bei seiner anstehenden Wiederwahl 1938 verweigerte ihm die Gauleitung eine erneute Amtszeit, woraufhin Jung doch noch der NSDAP beitrug und eine ihm vom stellvertretenden Gauleiter Schmalz angebotene Stelle als Dezernent für Fürsorgewesen Hannover annahm. Vgl. Ernst Böhme, Bruno Jung. Oberbürgermeister der Stadt Göttingen von 1926 bis 1938. Ein un-williger Vollstrecker?, in: Göttinger Jahrbuch 54 (2006), S. 137-145.

¹³⁸ Im März 1940 wechselte Jung von Hannover für eineinhalb Jahre in den Stalling-Verlag, für den er eifrig Werbung bei seinen ehemaligen Arbeitgebern machte, bevor er im September 1941 stellvertretender Landrat in Esch-sur-Alzette in Luxemburg wurde. Vgl. Kerstin Thieler, Die prekäre ‚Volksgemeinschaft‘, Kapitel VI.2.

¹³⁹ Siehe BArch, 3200 (NSDAP-Ortskartei), Heinrich Stalling (Mitgliedsnummer: 4678212). Er beantragte seine Aufnahme eigentlich erst am 26. Juli 1937, was eine oben beschriebene Rückdatierung bedeutet.

¹⁴⁰ Karl Brandi (1868-1946) hatte Geschichte in München studiert, im Jahr 1890 in Straßburg promoviert und habilitierte sich 1895 in Göttingen. Nach einem Lehraufenthalt in Marburg nahm er 1902 einen Ruf an die Georg-August-Universität an. Der vor allem durch seine Forschungen zu Karl V. aber auch durch landeshistorische Arbeiten profilierte Brandi war hier bis zu seiner Emeritierung 1937 und darüber hinaus tätig und bekleidete 1920/21 das Amt des Universitätsrektors. Zudem gehörte er zu den Gründern der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen (so die Bezeichnung seit 1973), der er bis 1938 vorsah. Als Mitglied der DVP engagierte er sich im Landtag in Hannover und war Anfang der 1920er Jahre im Zentralvorstand der Partei. Vgl. Arnd Reitemeier, Karl Brandi

renbürger der Georg-August-Universität bei einem Gespräch zwischen diesen dreien am Rande einer „Bibliophilen Tagung“ entstand.¹⁴¹ Bereits am 1. Juni 1935, „nach einer ersten Besprechung mit den Herren Dekanen“, plante der Rektor, die Ehrung Stallings am 19. Juni zu dessen 70. Geburtstag auszusprechen. Dennoch bat Neumann Karl Brandi noch am selben Tag nachträglich um eine schriftliche Stellungnahme speziell über Stallings Mitarbeit an universitären Einrichtungen. Dessen Antwort geht zunächst auf die Verdienste des Verlages ein, die „Beachtung verdienen, zumal angesichts der ausgesprochenen nationalen Richtung, die dieser Verlag zu allen Zeiten, gewiss auch unter Opfern inne gehalten hat“. Hierbei sei besonders zu erwähnen, dass Stalling „auch Verleger der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens“¹⁴² sei, wodurch die lokale Verbundenheit hervorgehoben wird. Laut Brandi sei ebenfalls wichtig, dass es Geheimrat Stalling durch Vermittlung beim oldenburgischen Ministerium gelungen sei, den Austritt Oldenburgs aus der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen – Brandi war Mitbegründer der Kommission und Stalling Patron – zu verhindern. Darüber hinaus habe der Verleger „als Mitglied des Universitätsbundes der Universität seit Jahren ungewöhnlich hohe Beiträge [...] [sowie] seine Verlagswerke in ziemlichem Umfange der Universitätsbibliothek und einzelnen Instituten gespendet.“ Dies und die „wiederholten Besuche[...] unserer Jahresfeier“ seien Zeichen für „die persönliche Haltung“ des Verlegers gegenüber der Universität. Ebenso wie bei Otto Wolff erfolgte die Genehmigungsanfrage des Rektors beim Reichsministerium erst am 9. Juli 1935 unter Angabe Stallings Tätigkeit im Universitätsbund, seinem Verdienst für das niedersächsische Schrifttum (der Niedersachsenatlas war bspw. im Stalling-Verlag erschienen) sowie die „bestehende Freundschaft“ zwischen dem Verleger und der Georgia Augusta, die mit der Ehrung „nach außen festgelegt werden [sollte].“

(1868–1946). Universitätsprofessor und erster Vorsitzender der Historischen Kommission, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 83 (2011), S. 34-49.

¹⁴¹ Siehe hierzu den Briefwechsel zwischen Brandi, Jung und Neumann zwischen dem 28. Mai und dem 4. Juni 1935: UAG, Rek. 1103-1.

¹⁴² Die Unterstützung dieser Gesellschaft war aus der Sicht des Gaus Südhannover-Braunschweig positiv. In seinem Streit mit dem Gau Weser-Ems über ihre Grenzen sah er sich durch die Arbeit der Gesellschaft gestützt, die den Bereich des Gau Weser-Ems zu Niedersachsen zählte und ihm damit de facto zuschlug. Vgl. z.B. ein Schreiben von Gauleiter Weser-Ems, Carl Röver, an die Wehrwissenschaftliche[sic!] Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e.V., z.Hd. Kurt Brüning (24. Juni 1939), in: NLA OL, 134, Nr. 4363, Inventar: NS-Zeit Oldenburg, Forschungsgemeinschaft Weser-Ems, S. 35.

3.3 Kurzbiographien der Ehrendoktoren

Oswald Menghin (1888-1973)

Laut eines Entwurfes seiner Ehrenurkunde erhielt Oswald Menghin am 27. Juni 1937 den Titel Dr. h.c. von der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen verliehen.¹⁴³ Der in Meran Geborene studierte nach seiner Matura 1906 vier Jahre lang Prähistorie, Mittelalterliche Geschichte und historische Hilfswissenschaften an der Wiener Universität und schloss sein Studium 1910 mit dem Doktorexamen ab.¹⁴⁴ Anschließend war er mehrere Monate lang Volontär bei der Zentralkommission zur Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale in Wien, legte 1911 die Staatsprüfung des Instituts für Österreichische Geschichte ab und war von da an bis 1918 beim Niederösterreichischen Landesarchiv und Landesmuseum tätig. Während dieser Zeit habilitierte er sich in Wien im Bereich prähistorische Archäologie, arbeitete beim österreichischen Denkmalamt und gründete 1914 die Wiener Prähistorische Gesellschaft. In diesem Jahr begann er zudem die Wiener Prähistorische Zeitschrift herauszugeben. Ab 1922 war er ordentlicher Professor für Urgeschichte an der Wiener Universität, nachdem er ein Jahr zuvor einen Ruf nach Prag abgelehnt hatte. Bereits in dieser Zeit, im Jahr 1923, hielt er in der NSDAP-Ortsgruppe Währing einen Vortrag über die „Judenfrage“, weshalb er im Nachhinein als „Hakenkreuzprofessor“ bezeichnet wurde.¹⁴⁵

In Wien war er sowohl Dekan der Philosophischen Fakultät (1928/29) als auch Rektor der Universität (1935/36) und wurde im März 1938 als österreichischer Unterrichtsminister eingesetzt, verließ diesen Posten jedoch nach knapp zwei Monaten wieder. In die kurze Amtszeit Menghins als Unterrichtsminister fallen die Entlassungen von Hochschullehrern mit „jüdischer Abstammung“ oder „aus politischen Gründen“ sowie der Ausschluss jüdischer Studenten aus den Universitäten.¹⁴⁶ Bisher konnte jedoch noch nicht geklärt werden, wie aktiv Menghin selbst an den Entscheidungen beteiligt war; als Unterrichtsminister trug er freilich die Verantwor-

¹⁴³ Der Entwurf der Ehrenurkunde für Oswald Menghin ist einzusehen in: (UAG, II Ph 5e)

¹⁴⁴ Diese und weitere biographische Informationen sind entnommen aus: Heinrich Mertens, Oswald Menghin, in: *Ethnologia Americana* 19 (1974), 6, S. 528f.; Otto H. Urban, „Er war der Mann zwischen den Fronten“. Oswald Menghin und das Urgeschichtliche Institut der Universität Wien während der Nazizeit, in: *Archaeologia Austriaca* 80 (1996), S. 1-25 und „Menghin Oswald“ in Munzinger Online/Personen - Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/search/portrait/Oswald+Menghin/0/9944.html> (zuletzt eingesehen am 26. August 2014).

¹⁴⁵ Diese Bezeichnungen durch den Archäologen Josef Bayer erschienen 1924 in der Zeitung „Abend“: vgl. Otto H. Urban, Die Urgeschichte in Österreich vor und während der NS-Zeit, in: Focke-Museum (Hrsg.), Graben für Germanien. Archäologie unterm Hakenkreuz, Stuttgart 2013, S. 126-133, hier S. 127.

¹⁴⁶ Vgl. Otto H. Urban, Die Urgeschichte an der Universität Wien vor, während und nach der NS-Zeit, in: Mitchell G. Ash, Wolfarm Nieß, Ramon Pils (Hrsg.), Geisteswissenschaften im Nationalsozialismus. Das Beispiel der Universität Wien, Göttingen 2010, S. 371-396, hier S. 384.

tung.¹⁴⁷ Menghin war, nach eigenen Angaben auf einem Fragebogen des Aufnahmeantrags für die Reichsschrifttumskammer, Mitglied der antisemitischen, katholisch-nationalen „Deutschen Gemeinschaft“¹⁴⁸ sowie seit dem 1. Mai 1938 Anwärter auf eine NSDAP-Mitgliedschaft und seit dem 1. Juli 1940 Parteimitglied.¹⁴⁹ Außerdem bestätigte ihm das „Ahnenerbe“ am 26. März 1940, dass er nun „satzungsgemäss durch den Präsidenten der Forschungs- und Lehrgemeinschaft [...] als teilnehmendes Mitglied derselben aufgenommen“ sei.¹⁵⁰ Diese Verbindung bestätigt sich zudem in einem Nachruf, den der Prähistoriker Herbert Jankuhn – führendes Mitglied des SS-Ahnenerbes – über Menghin verfasste.¹⁵¹ Nach dem Krieg wurde er aufgrund seiner politischen Tätigkeit als Unterrichtsminister in dem „Anschlusskabinett“ von Arthur Seyß-Inquart auf die „Erste Kriegsverbrecherliste“ gesetzt.¹⁵² Er war zwei Jahre lang in amerikanischen Lagern interniert, bevor ihm 1948 die Flucht über Italien nach Argentinien gelang¹⁵³, wo er in Buenos Aires als Professor an der Universidad Nacional de La Plata arbeitete. Obwohl die verantwortliche österreichische Justizbehörde über Menghins Aufenthalt in Argentinien informiert war, wurde wegen „bedeutender Schwierigkeiten und Kosten“ kein Antrag auf Auslieferung gestellt; die Ergreifung sollte im Falle einer Wiedereinreise erfolgen.¹⁵⁴ Im Jahr 1956 wurde das Verfah-

¹⁴⁷ Vgl. Urban, Mann zwischen den Fronten, S. 9.

¹⁴⁸ Es handelte sich bei dieser Gruppe um einen von 1919 bis 1930 bestehenden Geheimbund, in dem Politiker der Ersten Republik Österreichs angehörten, wie z.B. der spätere NS-Funktionär Arthur Seyß-Inquart. Ziel des Geheimbundes war es, Mitglieder in politisch und gesellschaftlich bedeutenden Positionen einzusetzen, wofür nicht erwünschte Personen (Liberale, Sozialisten, Marxisten, Bolschewisten, Freimaurer und Juden), verdrängt wurden. Um diese Vorgänge sowie den Geheimbundcharakter zu verdecken, war die „Deutsche Gemeinschaft“ offiziell als Verein mit dem Ziel der „Hebung der wirtschaftlichen Kraft Deutschösterreichs“ eingetragen. Vgl. Martina Aicher, Deutsche Gemeinschaft (Österreich), in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin/Boston 2012, S. 150f.

¹⁴⁹ Vgl. Fragebogen zur Bearbeitung des Aufnahmeantrages für die Reichsschrifttumskammer im Juli 1939, in: BArch (ehem. BDC), RK, Menghin, Oswald, geb. am 19. April 1888. Laut Urban wurde Menghins Aufnahmegesuch 1938 aufgrund seiner Nähe zum Katholizismus nicht bestätigt; die eigentliche Parteimitgliedschaft hatte er erst ab dem 1. Juli 1940 mit der Mitgliedsnummer 8123303. Vgl. Urban, Urgeschichte in Österreich, S. 129.

¹⁵⁰ BArch (ehem. BDC), DS, Menghin, Oswald, geb. am 19. April 1988.

¹⁵¹ Siehe hierzu: Herbert Jankuhn, Nachruf Oswald Menghin, in: Almanach der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 124 (1974), S. 540-546.

¹⁵² Vgl. die abgedruckte Anzeigeschrift nach: Allgemeines Verwaltungsarchiv Österreich (AVA), Staatsamt für Inneres, GZ 23626-2/46, in: Urban, Mann zwischen den Fronten, S. 11f.

¹⁵³ Menghin unternahm im März 1948 zwei Fluchtversuche, wurde jedoch beim ersten von der italienischen Polizei festgehalten und wieder nach Österreich gebracht. Am 30. März 1948 gelang ihm dann die Flucht. Vgl. Edith Blaschitz, NS-Flüchtlinge österreichischer Herkunft. Der Weg nach Argentinien, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jahrbuch 2003, Wien 2003, S. 102-136: Online: http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/imb/personen/blaschitz/ns-fluchtlinge_blaschitz.pdf (zuletzt eingesehen am 26. August 2014), Paginierung 1-24, hier S. 4.

¹⁵⁴ Schreiben der Staatsanwaltschaft Wien (5. April 1950), zitiert nach ebd., S. 9. Die österreichische Botschaft war auf Menghin aufmerksam geworden, da er Anfang 1950 um die Ausstellung eines österreichischen Reisepasses gebeten hatte. Vgl. ebd., S. 12.

ren gegen ihn eingestellt und im Jahr darauf erhielt er Pensionszahlungen als österreichischer Beamter.¹⁵⁵ Begründung hierfür ist die Beurteilung als „Nationaler mit katholischer Bindung“, die er besonders wegen seiner Mitgliedschaft in der österreichischen christlichen Leo- wie auch der Kralik-Gesellschaft erhielt.¹⁵⁶ Er blieb weiterhin in Südamerika und gründete 1957 das Centro Argentino de Estudios Prehistóricos und Herausgeber der Zeitschrift Acta Praehistorica. Da er seine Tätigkeiten auch auf Chile ausweitete, erhielt er 1967 die Ehrenmitgliedschaft der Anthropologischen Gesellschaft in Santiago de Chile. Wissenschaftlich machte er sich als Leiter verschiedener Ausgrabungsarbeiten in Österreich, Ägypten und Argentinien (besonders in Patagonien) einen Namen.

Bekannt wurde Menghin besonders durch seine Werke „Die Weltgeschichte der Steinzeit“ (1931) und „Geist und Blut. Grundsätzliches um Rasse, Sprache, Kultur und Volkstum“ (1934). Bei letzterem handelt es sich um eine Zusammenführung verschiedener Aufsätze, die bereits in den Jahren davor entstanden waren und erst für das Buch 1933 vereint wurden.¹⁵⁷ Menghin greift hierin Inhalte auf, die in großen Teilen der nationalsozialistischen Ideologie entsprachen, die in den folgenden Jahren immer mehr propagiert wurde. Bereits auf den ersten Seiten seines Buches macht Menghin deutlich, dass die „Rassenfrage“ „das brennendste Problem der Stunde“ sei und die Urgeschichte stärker als andere Fachbereiche „in den Brennpunkt der geistigen Kämpfe unserer Zeit gerückt“ sei.¹⁵⁸ Er sei überzeugt davon, dass es verschiedene Rassen gebe, die in der Vergangenheit weit weniger gemischt gewesen seien als heute. Um eine Rasse zu „verbessern“ sei eine „Rückbildung“ bzw. „Entmischung“ durch „bewusste Auslese“ jedoch wenig ratsam, stattdessen sollten „die Mischvorgänge praktisch beeinflussbar“ sein.¹⁵⁹ Menghin geht davon aus, dass „es in der Jetztzeit kein Volkstum gibt, das rassisch einheitlich wäre“, da jedem Volk ein spezifisches „Gemenge von Rassen“ entspreche. So gebe es in jedem Volk eine Spannung zwischen den „rassischen Bestandteilen“, die stärker sei, „je gegensätzlicher und je schwerer assimilierbar sie sind.“ Allerdings seien diese Spannungen auch positiv zu bewerten, sodass es „niemand als wünschenswert bezeichnen“ würde, wenn ein „Ausgleich von Höherwertigem mit Minderwertigem“ stattfände.¹⁶⁰ Trotz der akzeptierten Spannungen ist Menghin jedoch sicher, dass „ein Neger [...] wegen der Rassenverschiedenheit nie Engländer werden

¹⁵⁵ Vgl. Otto H. Urban, „... und der deutschnationale Antisemit D. Matthäus Much“ – Der Nestor der Urgeschichte Österreichs? Mit einem Anhang zur Urgeschichte in Wien während der NS-Zeit, 2. Teil, in: Archaeologia Austriaca 86 (2002), S. 7-43, hier S. 24.

¹⁵⁶ Vgl. ÖStA/AVA, BMI, Z. 106.100 – 2/57, 12. August 1957, betr. Dr. Menghin [...] politische Beurteilung, zitiert nach: Urban, Die Urgeschichte an der Universität Wien, S. 375.

¹⁵⁷ Vgl. Oswald Menghin, Geist und Blut. Grundsätzliches um Rasse, Sprache, Kultur und Volkstum, Wien 1934, S. 7.

¹⁵⁸ Menghin, Geist und Blut, S. 15f.

¹⁵⁹ Ebd., S. 43 und 53.

¹⁶⁰ Ebd., 138.

[kann], auch wenn er englisch spricht, englisch lebt und vielleicht sogar englisch fühlt.“¹⁶¹ Da bestimmte „Kreuzungen unter sehr entfernten Rassen sowohl im Einzelindividuum als in der Masse gefährliche Spannungen auslösen“, habe jedes Volk „zweifelloso das Recht, für die Erhaltung der Grundlagen seiner Eigenart Vorsorge zu treffen, ihre Schädigung hintanzuhalten und eventuell auch für ihre Verbesserung zu wirken.“¹⁶²

In einem Kapitel geht Menghin auf die „Judenfrage“ ein und stellt hierin u.a. heraus, dass Juden ihre gemeinsame Sprache als Volk verloren haben, da sie sich auf der ganzen Welt „in die Redegemeinschaft der Wirtsvölker“ eingefügt hatten.¹⁶³ Die Verwendung des Begriffs „Wirt“ weckt beim Leser den Vergleich mit einem Parasiten, der sich bei seinem Wirt einnistet und von ihm zehrt. Weitere durch die in der Propaganda verbreitete Bilder über den „typischen Juden“ verwendet Menghin bei der Beschreibung der Anteile der „vorderasiatischen Rasse“: „Sie ist kurzköpfig mit steiler Stirn und flachem Hinterhaupt, großer vorspringender ‚Sechsernase‘, dunklen Haaren und Augen.“¹⁶⁴ „[N]egerhafte und andere sehr primitive Elemente in nicht ganz unbeträchtlichem Umfange“ hatten andere, südlichere Teile des Judentums aufgenommen, so Menghin. Diese „Tatsache“ werde „zwar gerne mit Stillschweigen übergangen [...], [könne] aber dessen ungeachtet nicht bestritten werden“.¹⁶⁵ Spannungen mit Juden entstünden besonders zwischen den nördlicheren Völkern Europas, sodass „[d]er nördliche Mitteleuropäer [...] rein vorderasiatische und noch mehr negride Typen naturgemäß als fremdartig [empfinde]; aber geradezu unangenehm können ihm gewisse Mischtypen werden, weil sie für ihn eine Art Verzerrung der eigenen Erscheinung bedeuten“¹⁶⁶ – eine zeitgenössische Begründung für den herrschenden Antisemitismus. Problematisch an der „jüdischen Rasse“ sei, dass sie in erster Linie zu der Stadtbevölkerung gehöre; „der körperliche und geistige Jungbrunn jedes Volkes“ – das Bauerntum – fehle fast vollständig, was zu „Überzüchtungserscheinungen“ geführt habe.¹⁶⁷ Insgesamt kommt Menghin zu dem Schluss, dass „die Aufnahme des Judentums in das Deutschtum [...] bei dem gegebenen Stand der beiderseitigen Wesenheiten zweifellos die Gefahr einer Abänderung des deutschen Volkscharakters nach sich ziehen“ würde; jedes Volk habe jedoch „nicht nur das Recht, sondern auch die sittliche Pflicht, sein Volkstum zu verteidigen.“¹⁶⁸ Zur Lösung des Problems, empfiehlt er, den Weg des Zionismus einzuschlagen.¹⁶⁹ Mit seinem Werk

¹⁶¹ Ebd., S. 129.

¹⁶² Ebd., S. 141.

¹⁶³ Ebd., S. 148.

¹⁶⁴ Ebd., S. 152.

¹⁶⁵ Ebd., S. 153.

¹⁶⁶ Ebd., S. 154.

¹⁶⁷ Ebd., S. 160.

¹⁶⁸ Ebd., S. 171f.

„Geist und Blut“ fügte Oswald Menghin der nationalsozialistischen Ideologie „wissenschaftliches“ Argumentationsmaterial hinzu.

Bei einer Betrachtung der Korrespondenz an der Universität Göttingen bezüglich der Ernennung fällt auf, dass es hier einige Unklarheiten gab. Der Vorschlag, Menghin zum Ehrendoktor der Göttinger Fakultät zu ernennen, wurde von dem deutschen Botschafter in Österreich, dem früheren Reichskanzler von Papen¹⁷⁰, am 8. April 1937 ausgesprochen, mit der Begründung, dass „die Ehrung des Gelehrten für unsere kulturellen Belange in Österreich für ausserordentlich wertvoll gehalten wird.“¹⁷¹ Ein an Rektor Neumann in Göttingen weitergeleitetes Schreiben enthält ein Gutachten der Deutschen Gesandtschaft in Wien¹⁷²: Zum einen hebt der Gesandte hervor, dass Menghin eine Autorität auf seinem Gebiet und ein international anerkannter Wissenschaftler sei; so befinde er sich „zur Zeit [...] auf einer Vortragstournée durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika.“ Zum anderen werden hier „die grössten politischen Verdienste“ Menghins aufgeführt, die er kurz zuvor „um die innerösterreichische Befriedung erworben“ habe. Ihm sei es gelungen, „die Führer der illegalen nationalsozialistischen Partei in unmittelbarem Kontakt mit dem Bundeskanzler zu bringen“ und er habe bei den darauffolgenden Verhandlungen großen Einsatz gezeigt. Außerdem sei er führendes Mitglied des „sog. Siebenerausschusses, der von der Regierung als Sprachrohr der vereinigten nationalen und nationalsozialistischen Opposition de facto anerkannt ist“ und werde bis heute immer wieder als Ministerkandidat gehandelt. Besonders zukünftig sei „für die nationale Sache in Österreich“ von Menghin noch so mancher Erfolg zu erwarten. Doch nachdem die Philosophische Fakultät der Universität Göttingen eigentlich bereits eine mündliche Zusage an das REM weitergeleitet hatte, entschied sie sich am 24. Juni 1937, also einen Tag vor Beginn der Jubiläumsfeierlichkeiten, gegen eine Ernennung Menghins. In einem Schreiben¹⁷³ vom Auswärtigen Amt an das REM sind Ausschnitte eines Telegramms des Botschafters von Papen zitiert, in welchem er beschreibt, dass die kurzfristige Absage der Göttinger Fakultät „eine unmögliche Lage geschaffen, zumal Absicht Verleihung in hiesigen Universitätskreisen durchgesickert und indirekte Erkundigungen Menghins seitens der Gesandtschaft bestätigt worden waren.“ Aus diesem Grund bittet er darum, „sofort [...] umgehende Verleihung Ehrendoktors ab[sic!] Menghin zu erwirken und verspätete Bekanntgabe mit

¹⁶⁹ Ebd., S. 172.

¹⁷⁰ Franz von Papen (1879-1969) hatte nach dem so genannten Röhm-Putsch 1934 sein Amt als Vizekanzler im Kabinett Adolf Hitlers niedergelegt, wurde dann vom Auswärtigen Amt übernommen und auf besonderes Geheiß Hitlers als Botschafter nach Wien gesandt. Vgl. Conze u.a., Das Amt, S. 57.

¹⁷¹ Deutsche Gesandtschaft, Wien, an das Auswärtige Amt, Berlin (20. Mai 1937): PA AA, R 64280, Nr. 7559. Diese Bitte leitete ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes in Berlin, Stieve, diesen Fall an das Reichserziehungsministerium weiter (28. Mai 1937): PA AA, R 64280, Nr. 7559.

¹⁷² Siehe Gutachten des Deutschen Gesandtschaft, Wien, über das Auswärtige Amt, Berlin, und das Reichserziehungsministerium an Rektor Neumann in Göttingen (3. Juni 1937): UAG, Ph 5e.

¹⁷³ Stieve (Auswärtiges Amt, Berlin) an das Reichserziehungsministerium (3. Juli 1937): UAG, II Ph 5e.

technischem Versehen zu begründen.“ Diese Anweisung wurde direkt an den Rektor der Universität weitergeleitet, woraufhin Menghin doch noch die Ehrendoktorwürde verliehen wurde:

„Es war aus außenpolitischen Gründen notwendig, die Ehrung Professor Menghins in einer einfachen Form, die vor allem seine volksdeutsche Arbeit hervorhob, auszusprechen, zumal, soweit sich erkennen lässt, in österreichischen Kreisen bereits über die Möglichkeit dieser Ehrung gesprochen war. Die Benachrichtigung darüber ist unter dem 15. Juli 1937 der Philosophischen Fakultät durch meinen Stellvertreter zugegangen. Ich stelle fest, dass die Ehrenpromotion am 22. Juli vollzogen ist.“¹⁷⁴

Philip L. Kohl und J. A. Pérez Gollán führen Menghins Motivation für seine Arbeiten sowie seine politische und gesellschaftliche Tätigkeit allgemein auf seine nationalistisch-katholische Weltanschauung zurück und schreiben ihm – ebenso wie Otto H. Urban – die Rolle als „man between the fronts“ zu.¹⁷⁵ Zwar behauptete Menghin in seinem Gesuch um Aufhebung seines Strafverfahrens im Jahr 1956, dass er sich mehrfach für in Konzentrationslagern internierte Personen, wie z.B. den Unterrichtsminister des letzten austrofaschistischen Bundeskanzlers Schuschnigg, Hans Pertner, eingesetzt habe, sodass zumindest dieser wieder freigelassen wurde.¹⁷⁶ Dies ist jedoch eine Aussage, die in der Forschungsliteratur bisher noch nicht bestätigt worden ist. Richard S. Geehr betont bei Menghin die Kontinuität des NS-affinen, national-katholischen Denkens: „Intellektuelle von Menghins Schlag jedoch, die sich langsam aber sicher ein bestimmtes ideologisches Gedankenmodell aneignen und somit Verrat an sich selbst begehen, verwerfen es später in den wenigsten Fällen.“¹⁷⁷ Besonders Urban geht auf die rassistischen und antisemitischen Inhalte, die in „Geist und Blut“ deutlich hervortreten, ein. Die Unterstützung der nationalsozialistischen Bewegung vor dem Anschluss Österreichs 1938 und seine Zeit als österreichischer Unterrichtsminister während der Zwangsentlassungen von Hochschullehrern machen ihn mitverantwortlich. Urbans Gesamtbewertung Oswald Menghins als eines „willfährigen Wissenschaftler(s)“, „dessen Gesinnung es ihm ermöglichte, sich den Nazis zur Verfügung zu stellen“¹⁷⁸, kann mit Hinblick auf seine Biographie sowie seine Veröffentlichungen zugestimmt werden.

¹⁷⁴ Rektor Neumann an den Dekan der Phil.Fak (4. September 1937): UAG, II Ph 5e.

¹⁷⁵ Vgl. Philip L. Kohl, J.A. Pérez Gollán, Religion, Politics, and Prehistory. Reassessing the Lingering Legacy of Oswald Menghin, in: *Current Anthropology* 43 (2002), 4, S. 561-586, Zitat S. 574. Urban, *Mann zwischen den Fronten*, S. 11.

¹⁷⁶ Oswald Menghin, Ansuchen um Abolition (12. Januar 1956), in: AVA, BMI, GZ 43970-2/56, zitiert nach: Urban, *Mann zwischen den Fronten*, S. 13.

¹⁷⁷ Richard S. Geehr, Oswald Menghin, ein Vertreter der katholischen Nationalen, in: *Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich* (Hrsg.), *Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik. Auswahl der bei den Symposien in Wien vom 11. bis 13. November 1980 und am 27. und 28. Oktober 1982 gehaltenen Referate* (= Veröffentlichungen, Bd. 10), München 1986, S. 9-24, hier S. 24.

¹⁷⁸ Urban, *Mann zwischen den Fronten*, S. 9.

Aufgrund seiner nationalistisch-katholischen Motivation war er zwar in gewisser Weise ein „man between the fronts“. Allerdings beteiligte er sich aktiv an der Verbreitung und Machtstabilisierung der Nationalsozialisten in Österreich und ergänzte durch seine Arbeiten deren Ideologie.

Martin Redeker (1900-1970)

Am 1. Januar 1935 wurde der Professor für Theologie zum Ehrendoktor der Theologischen Fakultät der Georg-August-Universität ernannt. Die Fakultät gibt als Gründe auf seiner Ehrenurkunde an, dass „er sich um die Grundlagen religiöser Erziehung sowie um die Erkenntnis des Zusammenhangs von Humanität, Volkstum und Christentum und damit zugleich um die Förderung der Herder-Forschung durch scharfsinnige Untersuchungen erfolgreich bemüht hat.“¹⁷⁹ Hiermit ist Redekers (zweite) philosophische Dissertationsschrift gemeint, die im Jahr 1934 veröffentlicht wurde.¹⁸⁰ In dieser Arbeit betont er die Bedeutung einer „völkischen Reform der Pädagogik.“¹⁸¹ Es müsse für das Volkstum und gegen den Liberalismus und die von diesem angestrebte „Selbstmächtigkeit des bindungslosen Menschen“ gekämpft werden.¹⁸² „Diese Sehnsucht nach echter erzieherischer Bevollmächtigung und einer Wiederganzwerdung der Erziehung sucht in einer Neubegründung der Erziehung im Volkstum ihre Erfüllung.“¹⁸³ Wichtig sei hierbei auch in „der neuen deutschen Nationalbewegung“ die Humanität, die von ihren Feinden „als inhuman, als unmenschlich und untermenschlich“ diffamiert werde: „Vielmehr wird die Humanität durch eine neue Gestaltung vom Nationalen aus, von der Wiederganzwerdung menschlichen Gemeinschaftslebens auf dem Boden der Nation nur bereichert werden können.“¹⁸⁴ Auch die Kirche könne sich bei der neuen Erziehung zur Volksgemeinschaft nicht enthalten. Das neue Verhältnis zwischen der werdenden „Volksganzheit“ zur christlichen Verkündigung werde geprägt durch die Überwindung der „Selbstsucht und Icheinsamkeit des liberalistischen Menschen“ mit Hilfe der „Bereitschaft zum Opfer und de[s] restlosen Einsatz[es] für die Volksganzheit.“¹⁸⁵ Der Christ dürfe „sich nicht aus Familie und Volk zurückziehen, sondern er kann und muß sie in einem neuen Sinn ernst nehmen.“

¹⁷⁹ UAG, Theol. Prom. 0680.

¹⁸⁰ Siehe Martin Redeker, *Humanität, Volkstum, Christentum in der Erziehung*. Diss. Phil. (Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin) 1934.

¹⁸¹ Ebd., S. 6.

¹⁸² Ebd., S. 7.

¹⁸³ Ebd., S. 10.

¹⁸⁴ Ebd., S. 13.

¹⁸⁵ Ebd., S. 16.

Martin Redeker¹⁸⁶ studierte ab 1919 Theologie und Philosophie in Bethel, Münster, Halle, Göttingen, Freiburg und Berlin und promovierte 1926 in Göttingen. Da er gleichzeitig sein Vikariat absolviert hatte, wurde er im selben Jahr ordiniert und begann daraufhin zunächst als Hilfsprediger, um dann 1929 als Pfarrer und Lehrer nach Templin zu wechseln. Im Jahr 1932 habilitierte er sich in Münster für Praktische Theologie und konnte hier als Privatdozent übernommen werden. 1933 promovierte er erneut, aber diesmal an der Philosophischen Fakultät der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität. Im selben Jahr, genauer am 1. Mai 1933, trat Redeker unter der Mitgliedsnummer 2169401 der NSDAP bei.¹⁸⁷ Auffällig ist, dass eine Berufung zum Professor für Systematische Theologie in Münster im Wintersemester 1934/35 von der NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord unterstützt wurde.¹⁸⁸ Es handelte sich bei der neuen Stelle um die Professur Otto Pipers, der im Rahmen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 entlassen worden war.¹⁸⁹ 1936 erfolgte dann der Wechsel Redekers an die Theologische Fakultät der Kieler Universität als Professor für Systematische Theologie, wobei er hier ebenfalls von der Umstrukturierung der Fakultät im Rahmen der nationalsozialistischen Entlassungen profitierte, da sämtliche Lehrstühle neu besetzt wurden. Seine weitere Karriere zeichnete sich weniger durch wissenschaftliche Leistungen, sondern vielmehr durch eine Nähe zur nationalsozialistischen Weltanschauung aus: In Schriften und Predigten sprach er sich für Antisemitismus aus.¹⁹⁰ Nach dem Zerfall der Deutschen Christen, deren aktives Mitglied er während seiner Zeit in Münster war¹⁹¹, schloss sich Redeker verschiedenen radikal völkischen und deutschchristlichen Arbeitsgemeinschaften und Organisationen an, wie z.B. dem antisemitischen Zeitungsprojekt „Kommende Kirche“ oder dem „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“. In den Jahren 1939 bis 1945 war sein öffentliches Auftreten stark eingeschränkt, da er als Marinepfarrer im Krieg diente, wobei er u.a. in Frankreich und Lettland stationiert war. Allerdings stand er weiterhin mit dem Nationalsozialistischen Dozentenbund der Christian-Albrechts-Universität in Kiel in Kontakt und hielt ver-

¹⁸⁶ Folgende Informationen und Zitate sind entnommen aus: Hansjörg Buss, „Ein Leben zwischen Christen-, Haken- und Verdienstkreuz“. Der Kieler Theologe Martin Redeker, in: Hans-Werner Prah, u.a. (Hrsg.), Uni-Formierung des Geistes. Die Universität Kiel und der Nationalsozialismus, Bd. 2, Kiel 2007, S. 99-127.

¹⁸⁷ BArch, 3200 (NSDAP-Ortskartei), Martin Redeker.

¹⁸⁸ Wilhelm Neuser, Die Evangelisch-Theologische Fakultät im Dritten Reich, in: Ders. (Hrsg.), Die Evangelisch-Theologische Fakultät Münster 1914-1989, Bielefeld 1991, S. 72-94, hier S. 83, zitiert nach: Hansjörg Buss, „Ein Leben zwischen Christen-, Haken- und Verdienstkreuz“. Der Kieler Theologe Martin Redeker, in: Hans-Werner Prah, u.a. (Hrsg.), Uni-Formierung des Geistes. Die Universität Kiel und der Nationalsozialismus, Bd. 2, Kiel 2007, S. 99-127, hier S. 100

¹⁸⁹ Siehe Matthias Wolfes, Martin Redeker, in: BBKL XVI (1999), Sp. 1317-1329.

¹⁹⁰ Siehe hier und im weiteren Absatz: Buss, Leben zwischen Christen-, Haken- und Verdienstkreuz.

¹⁹¹ Siehe Kurt Meier, Der evangelische Kirchenkampf, Bd. 2: Gescheiterte Neordnungsversuche im Zeichen staatlicher „Rechtshilfe“, Göttingen 1976, S. 220f.

schiedene Vorträge, wie beispielsweise zum 200-jährigen Jubiläum der Grundsteinlegung der deutschen Kirche im besetzten Liepaja (Lettland), die sich ganz im Sinne der NS-Propaganda bewegten:

„Trotzdem hat der Deutschbalte an seine Sendung im deutschen Osten geglaubt und hat daran festgehalten, daß deutscher Geist und die deutsche Form des Christentums die Ordnungsmächte im Osten sein müssen, wenn dieses Ostland nicht an Asien verlorengehen, sondern für Europa gewonnen werden und erhalten bleiben soll. – Die deutsche Sendung im Osten ist durch unseren Führer nunmehr in eine ganz neue Geschichtsperiode eingetreten. In diesem Kampf um die Ordnung des östlichen Chaos und die Befreiung von den Dämonien des Bolschewismus möge uns der Mut und Glaube der deutschen Ahnen begleiten und erfüllen.“¹⁹²

In der Nachkriegszeit kehrte Redeker an die Kieler Universität zurück, hatte dort seinen Lehrstuhl bis zu seiner Emeritierung inne, da er von der englischen Militärbehörde in seinem Beamtenstatus bestätigt wurde, und wurde zunächst zum 1. Juni 1945 kommissarisch als Dekan der Theologischen Fakultät eingesetzt.¹⁹³ Innerhalb der evangelischen Kirche in Schleswig-Holstein war diese Kontinuität jedoch umstritten. Beispielsweise verfasste der Landesbruderrat der Bekennenden Kirche am 28. November 1947 ein Schreiben an die Kirchenleitung, in dem die Tätigkeit Redekers als „untragbar in einer Kirche“ bezeichnet wird, „die auf dem Grunde der heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments steht.“¹⁹⁴ Diese Kritik änderte jedoch nichts daran, dass Redeker auch weiterhin seinen Lehrstuhl innehatte, theologische Examenprüfungen künftiger Pfarrer abnahm und im September 1950 Dekan der Fakultät wurde.¹⁹⁵ Besonders während der 1950er Jahre hielt Redeker noch Kontakt zu Mitgliedern der Deutschen Christen und äußerte sich positiv über die Bestrebungen von Karl Wentz¹⁹⁶, ehemalige Mitglieder der DC in einer Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft zu versammeln:

¹⁹² Martin Redeker, Deutsches Volkstum und Glaube in der Geschichte Libaus. Zur 200-jährigen Gedenkfeier der Grundsteinlegung der Libauer deutsch-evangelischen Hl. Dreifaltigkeitskirche am Sonntag, d. 2. August 1942, Libau 1942, S. 19f, hier zitiert nach: Buss, Leben zwischen Christen-, Haken- und Verdienstkreuz, S. 108.

¹⁹³ Siehe Jendris Alwast, Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1665-1965, Bd. 2, Teil 2: Geschichte der Theologischen Fakultät. Vom Beginn der preußischen Zeit bis zur Gegenwart, Kiel 1988, S. 213.

¹⁹⁴ Schreiben des Landesbruderrates an die Kirchenleitung (28. November 1947), zitiert nach: Hansjörg Buss, Lokales Fenster. Prof. Dr. Martin Redeker (1900-1970). Ein Kieler Theologe und Mitglied des Landtags, in: Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Hrsg.), Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933-1945. Die Ausstellung im Landeshaus, Kiel 2006, S. 35-46, hier S. 40.

¹⁹⁵ Vgl. Buss, Lokales Fenster, S. 40; Buss, Leben zwischen Christen-, Haken- und Verdienstkreuz, S. 111.

¹⁹⁶ Der Theologe Karl Wentz war ab 1933 Führer der Deutschen Christen in Westfalen gewesen.

„Ich freue mich, aus Ihren Zeilen zu entnehmen, daß Sie in alter Frische und Lebendigkeit den uns gewiesenen Weg gehen, und daß Sie ferner der Auffassung sind, daß unser Anliegen seinerzeit recht war, und wenn es auch nicht von Erfolg gekrönt war, doch ein echter Beitrag zur Verkündigung des Evangeliums gegenüber unserem schwer geprüften Volke gewesen ist.“¹⁹⁷

Auf wissenschaftlicher Ebene machte sich Martin Redeker in der Schleiermacher-Forschung einen Namen.¹⁹⁸ Er verfasste eine Gesamtdarstellung von Leben und Werk des Theologen und Philosophen Friedrich Schleiermachers und veröffentlichte eine Neuauflage von dessen theologischem Hauptwerk.¹⁹⁹ Im Dezember 1967 gründete Redeker eine Schleiermacher-Forschungsstelle an der Christian-Alberts-Universität in Kiel, die bis heute aktiv ist.²⁰⁰

Martin Redeker engagierte sich zusätzlich in der Politik und vertrat von 1954 bis 1967 die CDU im schleswig-holsteinischen Landtag, wobei der Schwerpunkt seiner Tätigkeit im kulturpolitischen Bereich lag. Auf Bundes- wie auch auf Landesebene war er Mitglied im Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU und zudem stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses der Partei. Für kurze Zeit war er sogar als Kandidat für das Amt des Kultusministers in Frage, konnte sich jedoch innerhalb der Partei nicht durchsetzen. Allerdings hat ein Einblick in die Forschungsliteratur zur Geschichte der CDU sowie zum EAK in der BRD ergeben, dass Redeker hier keine nennenswerten Verdienste zugeschrieben werden.²⁰¹

Im Dezember 1955 wurde Redeker vom Senat der Kieler Universität zum Rektor gewählt. Da jedoch Vorwürfe laut wurden, er habe antisemitische Äußerungen bei einer Tagung fallen lassen, schaltete sich der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) ein,

¹⁹⁷ Martin Redeker an Karl Wentz (15. November 1956), Kommunalarchiv Minden, Kirchengeschichtliche Arbeitsgemeinschaft/Deutsche Christen, Nr. 1, zitiert nach Buss, *Leben zwischen Christen-, Haken- und Verdienstkreuz*, S. 112.

¹⁹⁸ Siehe Wolfes, Redeker.

¹⁹⁹ Es handelt sich um folgende Titel: Martin Redeker, *Friedrich Schleiermacher. Leben und Werk (1768 bis 1834)* (=Sammlung Göschen, Bd. 1177), Berlin 1968 und *Friedrich Schleiermacher, Der christliche Glaube. Nach den Grundsätzen der evangelischen Kirche im Zusammenhange dargestellt*, 2 Bde., 7. Auflage, hrsg., erläutert und ergänzt durch Martin Redeker, Berlin 1960. Bei letzterem Stütze sich Redeker auf die Ausgabe von Wilhelm Dilthey (1870) und dessen Nachlass.

²⁰⁰ Siehe die Webseite der Forschungsstelle: <http://www.theol.uni-kiel.de/de/einrichtungen/weitere-einrichtungen/schleiermacher-forschungsstelle/mitarbeiter-und-kontakt> (zuletzt eingesehen am 26. August 2014).

²⁰¹ Zu erwähnen ist jedoch, dass Redeker sich nach 1945 in protestantischen Kreisen für eine christliche Politik und gegen theologische Angriffe gegen den neuen westdeutschen Staat aussprach. Vgl. hierzu bspw. Michael Klein, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien, Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963* (=Beiträge zur historischen Theologie, Bd. 129), Tübingen 2005, S. 458f. oder Michael J. Inacker, *Zwischen Transzendenz, Totalitarismus und Demokratie. Die Entwicklung des Demokratieverständnisses von der Weimarer Republik bis zu den Anfängen der Bundesrepublik (1918-1959)* (=Historisch-theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 8), Neukirchen-Vluyn 1994. S. 283f.

dem die von Redeker organisierten Entlastungsschreiben jedoch nicht genügten. Als Lösung erkannte das Kultusministerium die Wahl des Theologen zum Rektor zwar an, dieser verzichtete aber – wie zuvor verabredet – darauf, mit der Begründung, er wolle in seiner „politischen Betätigung nicht behindert [...]sein“; Redeker konnte so seine bisherigen Posten als Professor wie auch im Landtag Schleswig-Holsteins behalten, ohne negatives Aufsehen zu erregen.²⁰²

Im Rahmen eines Skandals um den ehemaligen Leiter des NS-Euthanasie-Programms Werner Heyde, der unter dem Namen Fritz Sawade als Arzt und Gutachter in NS-Entschädigungsverfahren in Schleswig-Holstein tätig war, richteten sich die örtlichen Medien 1959 erneut gegen Redeker. Dieses Mal griff die sozialdemokratische Presse seine NS-Vergangenheit im Zusammenhang mit der Kieler Universität auf, sodass seine propagandistischen Predigten sogar im Landtag diskutiert wurden.²⁰³ Redeker reagierte auf die öffentlichen Berichte mit einer Strafanzeige wegen Beleidigung und übler Nachrede gegen den Journalisten und SPD-Politiker Jochen Steffen. Das Verfahren wurde vier Jahre darauf allerdings eingestellt. Redekers Ruf hatte mittlerweile stark unter den Presseangriffen gelitten. Neben seiner Aufführung im sogenannten „Braunbuch“²⁰⁴, erfuhr er ab 1967 besonders von Seiten der Kieler Studenten Kritik. Kurz nach der Verleihung des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1967 an Redeker für seine Verdienste bei dem Aufbau neuer Studentenwohnheime in Kiel, veröffentlichte die Studentenzeitschrift „res nostra“ verschiedene Auseinandersetzungen mit seinen Arbeiten aus der NS-Zeit und forderte die Pensionierung Redekers.²⁰⁵ Dieser sah sich zwar zu einer Stellungnahme gezwungen, verteidigte sich hierin jedoch damit, dass die Zitate der Studentenzeitung aus dem Zusammenhang gerissen und falsch interpretiert und seine Rundfunkpredigten vom Regime teilweise „als regimefeindlich verboten und untersagt worden“ seien.²⁰⁶ Außerdem habe er kurz vor Kriegsende „ca. 400 Juden beim Untergang eines Schiffes unter Einsatz meines Lebens vor dem Ertrinken retten“ können und sei für Juden eingetreten, weshalb er in Kriegsgerichtsverfahren verwickelt wurde und fast seine „Existenz als Professor und Staatsbürger verloren“ habe.²⁰⁷ Hierbei bezog er sich auf die Bombardierung der Schiffe Cap Arcona und Thielbeck, auf denen mehrere tausend Häftlinge aus

²⁰² Vgl. den gesamten Vorgang in: Buss, *Leben zwischen Christen-, Haken- und Verdienstkreuz*, S. 113f.

²⁰³ NS-Grenzlandprediger als CDU-Abgeordneter, in: *Flensburger Presse*, 15. Oktober 1959; Ein Antisemit als Rektor der Kieler Universität?, in: *Flensburger Presse*, 7. Januar 1960; 28. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages (30. November 1959), *Stenograph. Berichte der 4. Wahlperiode*, S. 838ff, alles zitiert nach: ebd., S. 115.

²⁰⁴ Vgl. das propagandistische Werk der SED: Martin Redeker. Antisemit im Talar, in: *Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands* (Hrsg.), *Braunbuch. Kriegs- und Nazi-Verbrecher in der Bundesrepublik*, Berlin 1965, S. 301f.

²⁰⁵ Vgl. Buss, *Leben zwischen Christen-, Haken- und Verdienstkreuz*, S. 118f.

²⁰⁶ Martin Redeker, Stellungnahme, in: Rolf Seeliger, *Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Eine Dokumentation*, Heft 3, München 1964, S. 76-79.

²⁰⁷ Ebd., S. 77.

dem KZ Neuengamme untergebracht waren, bei Neustadt/Holstein durch die Royal Air Force am 3. Mai 1945. Nur wenige wurden gerettet oder konnten schwimmend an das Festland gelangen. Inwieweit Redeker, der hier als Marinepfarrer tätig war, tatsächlich an Rettungsaktionen der Häftlinge beteiligt war, ist nicht endgültig zu klären, da in erster Linie von ihm verfasste Berichte als Quellen für eine mögliche Rekonstruktion seiner dortigen Tätigkeit vorliegen.²⁰⁸ Trotz weiterer Unruhe in der Fakultät blieb Redeker bis zum Wintersemester 1968/69 in seiner Position und wurde anschließend ordnungsgemäß emeritiert.²⁰⁹

Heinrich Zillich (1898-1988)

Auch dem siebenbürgischen Schriftsteller wurde zum 200-jährigen Jubiläum der Göttinger Universität die Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät verliehen. Nach seinem Abitur 1916 nahm Zillich zunächst am Ersten Weltkrieg teil und erreichte als Tiroler Kaiserjäger zuletzt den Rang eines Leutnants.²¹⁰ Ab 1920 studierte er zunächst an der Handelsschule und anschließend an der Universität Berlin, wo er drei Jahre darauf mit einer Dissertation über agrarpolitische Probleme in Siebenbürgen promovierte. Ab 1924 gab er die Literaturzeitschrift „Klingsor“²¹¹ heraus und arbeitete zeitgleich an reichsdeutschen und Siebenbürger Zeitungen. Im Jahr 1936 zog er nach Bayern, um hier als freier Schriftsteller tätig zu sein. Drei Jahre darauf trat er in die Wehrmacht ein, in welcher er als Hauptmann im Zweiten Weltkrieg diente. Zum 1. April 1941 wurde er Mitglied der NSDAP.²¹² 1950 war er Herausgeber des Buchs „Bekenntnisse zu Josef

²⁰⁸ Siehe z.B. einen Brief Redekers an Bischof D. Halfmann in Kiel vom 9. Mai 1949, abgedruckt in: Heinz Schön, Die Cap-Arcona-Katastrophe. Eine Dokumentation nach Augenzeugen-Berichten, Stuttgart 1989, S. 286-288. In diesem Brief beschreibt Redeker jedoch auch in erster Linie, wie er den britischen Kommandeur in Neustadt davon überzeugen konnte, nicht die aufgebauten Lazarette mit den verwundeten Deutschen zu räumen, um Platz für die schiffbrüchigen und verletzten Häftlinge zu schaffen, sondern alle aufzunehmen. Zusammen mit einem belgischen Polizeimajor, der kurz zuvor noch in einem KZ inhaftiert war, und einem deutschen Stabsarzt habe er die Rettung der gestrandeten Schiffbrüchigen organisiert.

²⁰⁹ Unruhen entstanden z.B. anlässlich der geplanten Neubesetzung des freiwerdenden Lehrstuhls Redekers, da dieser sich für seinen Schüler Wilhelm Kasch als Nachfolger einsetzte, was die Fachschaftsvertretung jedoch vehement ablehnte. Vgl. Buss, Leben zwischen Christen-, Haken- und Verdienstkreuz, S. 122.

²¹⁰ Die folgenden biographischen Informationen sind entnommen aus: Johann Sonnleitner: Zillich, Heinrich, Killy Literaturlexikon, Bd. 12, S. 670 und „Zillich, Heinrich“ in Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/search/portrait/Heinrich+Zillich/0/3449.html> (zuletzt eingesehen am 26. August 2014).

²¹¹ Siehe eine literaturwissenschaftliche Arbeit zu der Zeitschrift: Horst Schuller Anger, Kontakt und Wirkung. Literarische Tendenzen in der siebenbürgischen Kulturzeitschrift „Klingsor“, Bukarest 1994.

²¹² Siehe BArch, 3200 (NSDAP-Ortskartei), Heinrich Zillich (Mitgliedsnummer: 8798865).

Weinheber²¹³. „Erinnerungen seiner Freunde“, an welchem nationalsozialistische Germanisten und Autoren sich beteiligten, wie z.B. der NS-Kulturpolitiker und Schriftsteller Hans Friedrich Blunck. Außerdem war Zillich zwischen 1952 und 1963 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen und gab ab 1959 die „Südostdeutschen Vierteljahresblätter“ heraus. Zillich erhielt verschiedene Auszeichnungen, wie beispielsweise den Erzählerpreis der Zeitschrift „die neue linie“ (1932 und 1934), den Volksdeutschen Schrifttumpreis²¹⁴ (1937), den Literaturpreis der Stadt Berlin (1937), den Südostdeutschen Literaturpreis (1953), den Kulturpreis der Siebenbürger Sachsen (1968) und den Mozartpreis der Goethe-Stiftung Basel (1970). Außerdem war er Ehrenmitglied der Josef-Weinheber-Gesellschaft und der Humboldtgesellschaft.

Harald Roth ist in einer Arbeit zu den Siebenbürger Sachsen vor 1933 speziell im Zusammenhang mit dem von Zillich herausgegebenen Zeitschrift „Klingsor“ der Meinung, dass „sich bis zum Beginn der dreißiger Jahre weder eine ideologische noch eine terminologische Affinität der jungen sächsischen Intellektuellen zum Nationalsozialismus feststellen läßt“, sondern eher ein „ausgeprägte[s] nationale[s] Bekenntnis [...] vorhanden ist.“²¹⁵ Bereits vor 1933 zeigt sich jedoch in einem Brief Zillichs an den jüdischen Schriftsteller Alfred Margul-Sperber²¹⁶, der eine literarische Arbeit an die „Klingsor“-Zeitschrift geschickt hatte, sein Antisemitismus.

„Ich sende Ihnen heute das letzte Klingsorheft zu, das sich wieder mit der Judenfrage beschäftigt, allerdings in einem Sinne, der Ihren Beifall nicht finden wird. [...] Nicht das Anderssein der Juden fordert heraus, sondern die bestimmte Art dieser Verschiedenheit, die unmittelbar gegen den seelischen Kern besonders der Deutschen gerichtet ist. [...] Wir dürfen

²¹³ Der österreichische Dichter und Schriftsteller Josef Weinheber (1892-1945) erfuhr in der NS-Zeit höchste öffentliche Beachtung und Anerkennung. In den 1930er Jahren veröffentlichte er seine Werke in völkisch nationalistischen Verlagen und ließ sich und seine Dichtung für die Propaganda des Regimes einspannen. Bereits im Dezember 1931 war Weinheber in die NSDAP in Österreich eingetreten, die jedoch 1933 dort verboten wurde. Nach dem „Anschluss“ 1938, den Weinheber sehr begrüßte, bat er um die Wiederaufnahme in die NSDAP, die ihm im März 1944 rückwirkend zum 1. Januar 1941 gewährt wurde. Besonders zu seinem 50. Geburtstag im Jahr 1942 erfuhr er zahlreiche Ehrungen auch durch Nationalsozialisten wie Joseph Goebbels. Weinheber verstarb am 8. April 1945 durch Freitod. Besonders in der Nachkriegszeit gerieten Weinheber und somit auch sein Werk aufgrund seiner Nähe zum NS-Regime in die zeitgenössische Diskussion der deutschsprachigen Literaturkritik. Vgl. Albert Berger, Josef Weinheber 1892-1945. Leben und Werk – Leben im Werk, Salzburg/Wien 1999.

²¹⁴ Nach einer Anfrage des Oberbürgermeisters der Stadt der Auslandsdeutschen (Stuttgart) an den Präsidenten der Reichsschrifttumskammer, Hanns Johst, am 5. April 1937, sprach sich dieser für Heinrich Zillich mit seinem Werk „Zwischen Grenzen und Zeiten“ aus (17. April 1937): BArch, (ehem. BDC) RK, Zillich, Heinrich, geb. am 23. Mai 1898.

²¹⁵ Harald Roth, Politische Strukturen und Strömungen bei den Siebenbürger Sachsen 1919-1933 (=Studia Transylvanica, Bd. 22), Böhlau 1995, S. 143.

²¹⁶ Zillich hatte mehrere Gedichte von Margul-Sperber im „Klingsor“ veröffentlicht und beide standen seit 1928 in Briefkontakt miteinander. Vgl. Georg Gutu, Im Trubel der Geschichte. Heinrich Zillichs Briefe an Alfred Margul-Sperber, in: Anton Schwob (Hrsg.), Die deutsche Literaturgeschichte Ostmittel- und Südosteuropas von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute. Forschungsschwerpunkte und Defizite, München 1992, S. 206-215.

nicht nach der nordischen Beigabe im deutschen Wesen fragen, wenn wir diese Frage betrachten, sondern direkt nach dem deutschen Volkswesen und dem jüdischen, die sich anscheinend in einem viel tieferen Sinne ausschliessen als etwa Franzosentum und Judentum. [...] wenn es auch natürlich in jedem Volke Missfallen erregt, ein Gastvolk zu beherbergen, dessen Ziel offensichtlich das ist, durch stärkste Konzentration auf das Erfolgsversprechende Macht zu erlangen. Die rationalistische und ärgerlich irdische Einstellung der Juden erscheint uns anstössig.“²¹⁷

Erkennbar ist hier – wie bei Oswald Menghin – das Bild der Juden als „Parasiten“ und „Schmarotzer“, die sich in ihren „Wirtsvölkern“ festsetzen und sich von diesen ernähren. Außerdem führt Zillich neben der „Ausbeutung“ der Deutschen das häufig propagierte antisemitische Vorurteil des Strebens nach Macht an. Gleichzeitig ist Zillich überzeugt davon, dass Juden kein Verständnis „für das wahre deutsche Wesen“ haben und „der deutsche Patriotismus [...] dem Juden [...] unverständlich“ sei und sie ihn verspotteten.²¹⁸ Es könne „nur dann besser werden, wenn wieder die starke schöpferische Persönlichkeit in Deutschland bestimmt und das Judentum – nicht bekehrt, das ist unmöglich, sondern dadurch, dass sie aus dem innersten Kern der deutschen Art regiert, entwaffnet.“²¹⁹ Abschließend stellt er fest, dass „[d]ie jüdische Frage [...] also im Grunde eine deutsche Frage“ ist, denn er glaube nicht, „dass sich der Jude, wohl aber dass sich der Deutsche wandelt – zu sich zurück.“²²⁰ Allerdings ist er im Mai 1932 noch nicht davon überzeugt, dass die Nationalsozialisten in Deutschland Erfolg haben werden:

„Er [Adolf Hitler, L.F.] war nötig als Rufer. Er ist auch nicht der Führer einer verwahrlosten Kriegsgeneration. Ich kenne Mitarbeiter von ihm. Der Hass gegen die Juden ist in ihren Reihen übertrieben, die Ideologie gross, die Klarheit gering; aber sie werden nicht herrschen. Sie sind ein Heer in der Mobilisierung. In ihnen äussert sich ja bloss das neu gewordene Deutschland. [...] [E]s ist Hitlers Fehler, dass er nicht begreift, dass er mit legalen Mitteln, mit der Masse nicht die Masse ausschalten kann. Daran wird er scheitern, aber der Humus seiner Vorgängerschaft ist da und der Geist, der den Acker bestellt, auch schon.“²²¹

²¹⁷ Heinrich Zillich an Alfred Margul-Sperber (8. Mai 1932), Bukarester Literaturmuseum, zitiert nach: William Totok, „Die Finger zu rostigen Krallen gebogen“. Heinrich Zillich und die Topographie der Verdrängung, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 1 (1993), S. 57-72, hier S. 61.

²¹⁸ Ebd., S. 63.

²¹⁹ Ebd., S. 64.

²²⁰ Ebd., S. 67.

²²¹ Ebd.

Einige Jahre nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten scheint Zillich seine Meinung über Adolf Hitler jedoch geändert zu haben. Ein Beleg für die Unterstützung des Regimes und der Verherrlichung des „Führers“ ist in seinem dichterischen Beitrag „Den Deutschen von Gott gesandt...“ in den Sammelwerken „Dem Führer. Gedichte für Adolf Hitler“ (1939) und „Dem Führer. Worte deutscher Dichter“ zum Geburtstag Adolf Hitlers im Jahr 1941 zu sehen.²²² Hierin beschreibt Zillich Adolf Hitler, als einen „[d]en Deutschen von Gott gesandt[en], lange verkann- te[n] einsame[n] Mann“, den „Herzog der Deutschen“ und „Retter des Reiches und des Volks“.²²³ Selbst die Träume des Kaisers seien nie so mächtig gewesen wie Hitlers Taten und „noch niemals ward solches Los/goldner gewährt als jetzt,/Führer der Deutschen, seitdem/du sie geadelt!“²²⁴

In einem Gutachten²²⁵ des Göttinger Universitätsrektors Friedrich Neumann wird deutlich, dass Zillich besonders wegen seiner Erzählung „Zwischen Grenzen und Zeiten“ (1936)²²⁶ geehrt wurde, in welcher er das Schicksal der letzten deutschen Generation in Siebenbürgen darstellt. Es handele sich hierbei um „eines der bedeutendsten Kriegsbücher“, „eine grosse künstlerische Leistung und um ein echtes Bekenntnisbuch“²²⁷. Der Text auf einem Entwurf seiner Ehrenur- kunde lautet:

„Sie [die Phil. Fakultät der Universität Göttingen, L.F.] ehrt in ihm den deutschen Dichter. Sie ehrt in ihm den treuen Sohn seiner siebenbürgischen Heimat. Sie ehrt in ihm den Kündler deutscher Art, der aus dem Erleben der österreichischen Kriegsgeneration ein grosses Ge- schehen als Erinnerung und Mahnung für die Nachkommen gestaltet hat.“²²⁸

In diesem Roman, auf den die Urkunde bezogen ist, geht es zum einen um die rumänischen, ungarischen und deutschen „Volksgruppen“, die in Siebenbürgen zusammenleben. Besonders der blonde und blauäugige Deutsche Lutz Rheindt, der zu Beginn des Romans geboren wird, und seine Freunde stehen im Zentrum. Die Darstellung ihres Zusammenlebens und Erwachsenwerdens sind geprägt durch die Konflikte und die jeweiligen Ehrvorstellungen der jeweiligen „Volks-

²²² In beiden Werken handelt es sich um das gleiche Gedicht. Heinrich Zillich, Den Deutschen von Gott gesandt..., in: Karl Heinz Bühner (Hrsg.), Dem Führer. Gedichte für Adolf Hitler, Stuttgart 1939, S. 15f und Heinrich Zillich, Den Deutschen von Gott gesandt..., in: August Friedrich Velmede (Hrsg.), Dem Führer. Worte deutscher Dichter, o.O. 1941, S. 24.

²²³ Zillich, Den Deutschen, zitiert nach: Böhm, Hitlers Vasallen, S. 65.

²²⁴ Ebd., S. 66.

²²⁵ Gutachten von Friedrich Neumann über Heinrich Zillich (17. April 1937): UAG, Sek 49a (Jubiläum 1937).

²²⁶ Siehe Heinrich Zillich, Zwischen Grenzen und Zeiten, München 1936.

²²⁷ Ebd.

²²⁸ Entwurf der Ehrenurkunde für Heinrich Zillich (Ehrung 27. Juni 1937): UAG, II Ph 5e.

gruppen“, wobei die Deutschen in der Rangordnung eindeutig an erster Stelle stehen. Einen bedeutenden Anteil nimmt zum anderen der Erste Weltkrieg ein. Trotz der auch mit dem Verlust von Freunden und gefährlichen Verletzungen geprägten Kriegserlebnisse, endet der Roman damit, dass Lutz erneut der Armee beitrifft.

Neben dem Leben der deutschen „Volksgruppe“ in Siebenbürgen und den Erfahrungen mit Ungarn und Rumänen sind es besonders „Zigeuner“, die Zillich in seinen Arbeiten behandelt. In seinem Roman „Zwischen Grenzen und Zeiten“ geht es nur am Rande um diese Bevölkerungsgruppe, doch auch Nebenbemerkungen zeugen von einer abfälligen Sichtweise. So berichtet der Zuckerchemiker Franz Haberlinger, dass er und seine Kollegen im Sommer nicht arbeiten würden; „[n]ur die jüdischen; die erfinden in dieser Zeit etwas Neues, immer einen Klebstoff. In jedem Sommer einen anderen, denn es dauert ein Jahr, bis die Esel, die solche Schweinereien kaufen, merken, daß sie nichts wert ist.“²²⁹ Zwar handelt es sich hierbei um eine Figur, die spricht, doch es handelt sich um einen Deutschen der „Volksgruppe“, der hier die „Zigeuner“ als Betrüger darstellt. In einer weiteren Szene beschreibt der Autor direkt, dass er sie für Diebe und Feiglinge hält: Nachdem der Erste Weltkrieg ausgebrochen ist, fliehen einige Siebenbürger aus ihrer Heimat und lassen damit ihre Höfe und große Teile ihres Besitzes zurück. Treni Kampes hatte sich jedoch anders entschieden und fuhr wieder nach Hause, wo ein „elender Klepper“ mit einem Karren stand, den die „Zigeuner“ mit Trenis Besitz beluden. Über den Protest des alten rumänischen Knechtes lachten sie, drohten ihm und „[d]ie Weiber hoben die Röcke über den Hintern und höhnten“.²³⁰ Als Treni sich bemerkbar macht „schraken“ die „Zigeuner auf“; sie hebt die Peitsche und schlägt einem von ihnen „über das Maul, schlug mit sicherer Hand und voller Kraft dem Pack die pfeifende Peitsche in die Gesichter.“²³¹ Treni und ihr Knecht schüchtern sie so sehr ein, dass sie am Ende alles Gestohlene auf dem Wagen wieder in das Haus zurückbringen. Die Verachtung des Autors wird besonders an der Beschreibung des ältesten „Zigeuners“ deutlich, der „im Hofe Wagners die Senkgrube [hatte] reinigen dürfen, viele Jahrzehnte hindurch, hatte sich Stroh und Heu erbitten dürfen, Eier und manchmal ein Huhn, viele Jahrzehnte lang.“²³² Dem Leser wird vermittelt, dass dies für einen „Zigeuner“ bereits großartige Möglichkeiten waren; die untergeordnete Stellung unter den Deutschen, Ungarn und auch einem rumänischen Knecht wird deutlich.

Auch in der Erzählung „Der Zigeuner“ von 1942 verwendet Heinrich Zillich viele zeitgenössische Stereotype. Bereits auf den ersten Seiten wird der junge „Zigeuner“ Popa Bela, um den es hierin geht, durchweg negativ beschrieben: Er bewegt sich „mit einem faulen Schritt“, seine Kleidung ist „an vielen Stellen zerrissen“, er „lauerte einem Bauernwagen entgegen“, auf dem

²²⁹ Zillich, Grenzen und Zeiten, S. 15.

²³⁰ Ebd., S. 421.

²³¹ Ebd., S. 422.

²³² Ebd., S. 421.

ein deutscher Bauer sitzt und er „[r]eckte das Gesäß dem Wagen nach mit einem langen Fluch“.²³³ Er bittelt, freut sich auf die Sommermonate, in denen er sich bei den Feldern der Bauern bedienen kann und zwei Jahre zuvor desertierte er, „als ihm die Infanterie zu anstrengend erschienen war.“²³⁴ Wie ein Tier folgt er seinen Instinkten, schläft am hellen Tag ein und macht sich auf die Suche nach Essen – hierfür stiehlt er bei anderen Leuten –, wenn er hungrig ist und „als triebe er ein Ochsengespann“ verprügelt ihn der Knecht Janosch mit der Peitsche.²³⁵ Auch die Charakterisierung der anderen „Zigeuner“-Figuren fällt nicht positiv aus: Der alten Ba-be hängen „ihre langen Brüste [...] aus dem offenen Hemd“ und fast alle ihrer Frauen haben „schwängere[.], abstehende[.] Bäuche[.]“ und tratschen gerne.²³⁶ In der Erzählung geht es da-rum, dass der „Zigeuner“ Popa Bela eine ungarische Magd vergewaltigt hat, woraufhin er von ihrem Herrn, einem sächsischen Bauern, und dem Knecht Janosch verprügelt wird.²³⁷ Popa Bela versteht nicht einmal, dass es sich bei der Vergewaltigung um eine Straftat handelt und wundert sich über die Reaktion des Polizisten, als dieser davon erfährt und ihn für mehrere Tage in das Gefängnis sperrt.²³⁸

Nach dem Zweiten Weltkrieg steht ein Werk Zillichs auf der Liste der ‚auszu-sondernden Lite-ratur‘ der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone.²³⁹ Auch die literaturwissenschaftliche Forschung vertritt die Meinung, dass es sich bei Zillich um einen Autor handelte, der dem nationalsozialistischen Regime positiv gegenüberstand.²⁴⁰ An „öffent-lich geäußerten Treuebekenntnissen“ habe es nicht gemangelt und wenn er Kritik geübt habe, dann „nicht in der Absicht, das System und dessen Träger als verwerflich oder gar verbreche-risch zu entlarven, sondern es in einigen Punkten zu korrigieren“ (bspw. die Ablehnung der jun-gen siebenbürgisch-sächsischen nationalsozialistischen Extremisten oder die Beziehungen zum Literaturkreis um Hans Grimm, der Kritik am NS-Kulturbürokratismus übte).²⁴¹ Zillich habe im Nationalsozialismus die Möglichkeit gesehen, den Fortbestand der deutschen Volksgruppe in

²³³ Heinrich Zillich, *Sturz aus der Kindheit. Novellen*, Leipzig 1942, Kap. Der Zigeuner, S. 140-190, hier S. 140f.

²³⁴ Ebd., S. 144.

²³⁵ Vgl. ebd., S. 144f und 149.

²³⁶ Ebd., S. 154f., 163.

²³⁷ Ebd., S. 147f.

²³⁸ Vgl. ebd., S. 173.

²³⁹ Gemeint ist: Heinrich Zillich, *Die ewige Kompanie* (= Deutsche Jugendbücherei, Bd. 678), Berlin 1943. Siehe Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone (Hrsg.), *Liste der auszu-sondernden Literatur*, Vorläufige Ausgabe 1. April 1946, Berlin 1946, S. 465.

²⁴⁰ Neben Stefan Sienerth (siehe unten) ist hier noch folgende Arbeit zu nennen: Johann Böhm, *Hitlers Vasallen der Deutschen Volksgruppe in Rumänien vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2006.

²⁴¹ Stefan Sienerth, *Studien und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Literatur und Sprachwissenschaft in Süd-osteuropa*, Bd. II, *Beiträge zur deutschen Literatur in Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2008, S. 225f.

Ostmittel- und Südosteuropa zu garantieren und den deutschen Einfluss auf diesem Gebiet wiederherzustellen.²⁴²

Dieses Ziel war auch nach 1945 immer noch ein bedeutendes Thema für den Siebenbürger. In einem Brief an Moritz Jahn vom 24. März 1950 wird deutlich, dass Zillich auch fünf Jahre nach Kriegsende überzeugt ist vom „deutschen Volkstum“, dem „Dritten Reich“ und dessen Ideen:

„Zur nationalen Würdelosigkeit der Deutschen! Nein, lieber Herr Jahn, es lohnt sich doch, trotz allem ans deutsche Volk zu glauben, freilich nicht an die Masse und nur an die Volkheit, wie Goethe sie verstand, und nur an die großen Menschen, die unser Volk immer wieder hervorbringen wird. Auch der große Staatsmann wird uns wieder geschenkt werden, der den Sumpf der Parteien überwindet und dem durch so viel Blut und Leiden ausgelaugten Volk wieder Haltung gibt. Die Ursendung, die uns die Geschichte auferlegte: Das Abendland zu schützen und ihm immer wieder eine neue Gestalt zu verleihen, ist noch nicht erfüllt. Völker sterben erst, wenn sie ihre Aufgabe erfüllt haben oder wenn die Aufgaben nicht mehr bestehen.“²⁴³

Im Jahr 1957 ist er auch noch von dem „Auftrag“ der „Auslanddeutschen“ überzeugt, dass „der Daseinssinn der Sendlinge [...] stets darin [bestand], daß sie den Geist des Reichs vertraten. Darum müssen wir alles, was sie erlebt haben, als Beitrag zum gesamtdeutschen geschichtlichen Weg auffassen.“²⁴⁴ Umso schlimmer empfindet er den „Untergang“ der deutschen Siebenbürger seit dem Kommunismus, wie er in seinem Aufsatz „Geschichte, Leistung und Tragödie des Deutschtums in Rumänien“ von 1965 beschreibt. „Um deutsch zu atmen, um natürlich deutsch zu sein, muß man – und das gilt für jedes Volk – mit seinesgleichen ungestört beisammen sein, frei reden, planen und werken dürfen. Nur das erhält ein höherstehendes Volkstum und ermöglicht Volkskultur.“²⁴⁵ Da jedoch nach dem Krieg viele Männer als deutsche Soldaten nicht zurückgekehrt seien und die jungen Frauen nun Rumänen heiraten mussten, würden sie und ihre Kinder „bis auf verschwindende Ausnahmen bald aufhören Deutsche zu sein.“²⁴⁶ Mit einer Art Appell beendet er seinen Artikel: „Hervorglühend aus dem Verdunkeln der Vergangenheit bleibt, solange ein großes Volk wie das deutsche seinen einst ausgesandten Söhnen noch einen Blick zuwendet, deren Ruhm, der zugleich eine Mahnung an das Abendland ist: zu lernen für

²⁴² Siehe ebd.

²⁴³ Heinrich Zillich an Moritz Jahn (24. März 1950), in: HANS, Cod. Ms. M.Jahn 21: Zillich, Heinrich.

²⁴⁴ Heinrich Zillich, Siebenbürgen. Ein abendländisches Schicksal, Stuttgart 1957, S. 4.

²⁴⁵ Heinrich Zillich, Geschichte, Leistung und Tragödie des Deutschtums in Rumänien, in: Arbeitskreis für Ostfragen Hannover (Hrsg.), Bulgarien und Rumänien im Weltkommunismus. Referate des neunzehnten Barsinghausener Gespräches, Leer, 1965, S. 20-41, hier S. 40.

²⁴⁶ Ebd.

den Kampf gegen den Osten aus der Ehrfurcht abfordernden Tragödie dieser versinkenden deutschen Stämme.“²⁴⁷ Im Jahr 1971 berichtet Zillich davon, dass er Hans Steinacher – ehemaliger österreichischer Leiter des nationalsozialistisch eingestellten Volksbundes für Deutsche im Ausland – vor ca. 20 Jahren dazu geraten habe, das österreichische Generalkonsulat in Mailand, das diesem zuvor angeboten worden war, anzunehmen. Als Begründung habe er ihm gesagt: „Angesichts der Erbärmlichkeit, daß es in Österreich bei manchen Leuten fast Mode geworden ist, das eigene Deutschtum zu verleugnen, müssten dort viele anständige Deutsche in den Staatsdienst treten.“²⁴⁸ Insgesamt zeigte Zillich auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dass er sich thematisch immer noch in der Nähe einer stark nationalistischen Ideologie bewegte. Hierzu passt, dass er sich – so William Totok – nie von seinen eigenen Werken distanziert habe.²⁴⁹

Besonders in seiner Heimat war Heinrich Zillich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Thema der Öffentlichkeit. Viele Bekannte Zillichs sprachen sich für ihn aus, lobten ihn als hervorragenden Schriftsteller und warben für Anerkennung seiner Arbeit für die deutschen Siebenbürger nach dem Zweiten Weltkrieg. So bestätigt Hans Bergel, Nachfolger Zillichs als Schriftleiter und Herausgeber der „Südostdeutschen Vierteljahresblätter“, zwar dessen herablassenden Umgang mit anderen Südosteuropäern (v.a. Rumänen und Ungarn) „von der Warte selbstverständlicher deutscher Überlegenheit“, sucht jedoch Verständnis für ihn.²⁵⁰ Er erklärt die auch nach 1945 noch an nationalsozialistisches Vokabular anmutenden Aussagen damit, dass für Heinrich Zillich die „national akzentuierte Sorge“ um die Kultur der „bedrohten siebenbürgischen und die anderen südosteuropäischen deutschen Landsleute“ aufgrund des Kommunismus alles bedeutet habe.²⁵¹ In den vergangenen zwanzig Jahren wurden zunehmend kritische Stimmen laut, wobei ein wichtiges Medium für die Kritiker die „Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik“ ist, die für sich selbst den Anspruch formuliert hat: „Die Autoren der Halbjahresschrift lehnen Nationalismus, Revisionismus und politischen Extremismus jeglicher Couleur ab.“²⁵² Personen wie der Historiker Johann Böhm, Herausgeber der Zeitschrift, oder der Schriftsteller William Totok distanzieren sich von Zillich sowie dessen Verehrung. So ist

²⁴⁷ Ebd., S. 41.

²⁴⁸ Heinrich Zillich, Nachwort. Begegnungen mit Hans Steinacher, in: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 20 (1971), 2, S. 80f, hier S. 81.

²⁴⁹ William Totok, „Die Finger zu rostigen Krallen gebogen“. Heinrich Zillich und die Topographie der Verdrängung, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 1 (1993), S. 57-72, hier S. 57.

²⁵⁰ Hans Bergel, Wirken und Wirkung Heinrich Zillichs nach dem Zweiten Weltkrieg. Persönliche Erinnerungen an einen außergewöhnlichen Siebenbürger, in: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 47 (1998), 2, S. 122-131, hier S. 125.

²⁵¹ Ebd., S. 124.

²⁵² Siehe die Erklärung auf der Homepage der Halbjahresschrift: <http://www.halbjahresschrift.homepage.t-online.de/> (zuletzt eingesehen am 26. August 2014).

Totok der Meinung, dass Zillich „nicht das unschuldige Opfer ideologischer Manipulationen [war], sondern ein Vordenker des rumäniendeutschen Faschismus.“²⁵³ Und auch Böhm betont, an Zillich sei „die Entnazifizierung nach 1945 spurlos vorbei[gegangen]“, da er sich gegen eine deutsche Schuld ausgesprochen und für eine nationale Stärkung Deutschlands plädiert habe.²⁵⁴

²⁵³ William Totok, „Die Finger zu rostigen Krallen gebogen“. Heinrich Zillich und die Topographie der Verdrängung, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 1 (1993), S. 57-72, hier S. 57.

²⁵⁴ Vgl. Böhm, Hitlers Vasallen, S. 70.